

Wöchentlich 70 Pf., monatlich 2,20 M.
(davon 67 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Vollbetrag 2,07 M. einschließlich 60 Pf.
Vollzugs- und 72 Pf. Vorkostenge-
bühren. Auslandsabonnement 5,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Briefposttarif 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
13. September 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Kontroll-Nr.: Döndhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Disc.-Ges., Depositentk., Jerusalemstr. 65/66.

An das deutsche Volk!

Die Reichsregierung hat den eben erst gewählten Reichstag in dem Augenblick aufgelöst, als er mit der ungeheuren Mehrheit von 513 gegen 32 Stimmen ihr das Mißtrauen aussprach und ihre Notverordnungen aufhob. Die Regierung Papen hat mit dieser Auflösung bewiesen, daß sie sich gegen den Volkswillen an der Macht halten will. Sie hat damit gegen den Sinn des 1. Artikels der Reichsverfassung verstoßen:

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!“

Wie konnte die Regierung einer kleinen Herrenschicht es wagen, sich über den Volkswillen, über eine so ungeheure Parlamentsmehrheit hinwegzusetzen? Ein solches Spiel wäre unmöglich gewesen, wenn die Regierung einer geschlossenen Parlamentsmehrheit von überzeugten Anhängern der Demokratie gegenübergestanden hätte. Solange es eine solche Mehrheit unter Führung der Sozialdemokratischen Partei gegeben hat, konnte keine Regierung einen solchen Konflikt mit dem Volkswillen wagen. Anders bei der jetzigen Mehrheit des Reichstags: mehr als drei Fünftel der Abgeordneten, die gegen Papen gestimmt haben, sind selbst Anhänger der Diktatur, verachten grundsätzlich den Willen der Volksmehrheit. Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen heucheln sie jetzt Verfassungstreue.

Die 230 Nationalsozialisten

haben nicht gegen die Regierung Papen gestimmt, um gegen das selbstherrliche Regime des Herrenklubs das Volk wieder in seine Rechte einzusetzen. Sie wollen an Stelle der Diktatur Papen-Schleicher die Diktatur Hitler setzen, sie wollen das Volk vom Regen in die Traufe bringen.

Aber die Ohnmacht des Reichstags, die augenblickliche Macht der Papen-Diktatur sind nicht nur das Werk der Nationalsozialisten allein. Schulter an Schulter mit ihnen haben die Kommunisten stets die Demokratie bekämpft und die Diktatur an ihre Stelle setzen wollen.

Deutsches Volk, jetzt erfährst du, wohin es führt, wenn du einen Reichstag wählst, der in seiner Mehrheit aus Gegnern des Parlaments besteht!

Dadurch wird der Reichstag zur Ohnmacht verurteilt! Nur so konnte die Selbstherrlichkeit Papen-Schleicher zur Tatsache werden.

Eitel Spiegelschere ist es, wenn die Nationalsozialisten jetzt so tun, als wollten sie den Kampf für die Rechte des Reichstags und des Volkes gegen die Regierung aufnehmen. Die gleichen Nationalsozialisten haben länger als ein Jahrzehnt gegen „das System“ gefohrt, haben unzählige Male geschworen, die Demokratie mit Stumpf und Stiel auszurotten. Ein Narr, der glaubt, daß Hitler und seine Partei zum Schutz des bedrohten Parlaments den Kampf führen! Das Volk durchschaut dieses Spiel und wird sich im Kampf gegen die Papen-Regierung nicht zum Vorspann einer Hitler-Diktatur hergeben.

Hitler und Göring haben selber die Regierung Papen in den Sattel gehoben,

und all ihr jetziges Toben gegen diese Regierung wäscht die geschichtliche Schuld von ihnen nicht ab.

„Auf unserm breiten Rücken sind die feinen Herren behende in die Amtlichkeit gekleffert.“

So hat wenige Tage vor der Reichstagsauflösung Josef Goebbels im „Angriff“ geschrieben. Meint Ihr, die feinen Herren, die Papen-

Schleicher, hätten den „breiten Rücken“ der Nazis hinaufklettern können, wenn diese ihn nicht geduldig hingehalten hätten?!

Hitler selber hat ja am 8. September 1932 in München erklärt:

„Die Nationalsozialistische Partei hat sich gegen die Regierung Papen solange neutral verhalten, solange ich mich neutral verhalten habe.“

So gesteht Hitler die Tolerierung Papens ein.

Ohne Hitler kein Papen!

Der Abgeordnete Kube, der Führer der Nationalsozialisten im Preussischen Landtag, hat am 30. August dort erklärt, daß ohne die Vorarbeit Adolf Hitlers die Regierung Papen nicht an der Macht wäre. Die Reichsregierung selbst hat sich in einer amtlichen Erklärung auf die Zusagen Adolf Hitlers berufen. Mit ihrem lauten Geschrei wollen die Nationalsozialisten nur verschleiern, daß sie die Regierung der Barone in den Sattel gehoben haben und voll mitverantwortlich sind für alle Maßnahmen, für Todes- und Zuchthausverordnungen, für Rentenkürzungen und Lohndruck.

Durch ihre Heße gegen Demokratie und Marxismus hat die Hitler-Partei lediglich die finsterste Reaktion, die nackteste Kapitalherrschaft an die Macht gebracht. Für den Sieg des Kapitalismus haben die braunen Horden Hitlers

unzählige Arbeiter getötet, Gewerkschaftshäuser gestürmt, Konsumvereinsläden demoliert.

Um zur Macht zu gelangen, haben die Nationalsozialisten geduldet, daß die Papen-Regierung die Unterstützungen der Sozialrentner, der Kriegsoffer und der Arbeitslosen in der brutalsten Weise kürzte. Sie hätten auch den Angriff auf die Löhne und das Tarifrecht geduldet, wenn nicht ihr Bestreben, in den Alleinbesitz der Macht zu gelangen, gescheitert wäre. Nur weil Hitler nicht Reichskanzler wurde, begannen sie den Angriff auf die Regierung Papen.

Das Kapital sieht jetzt den Zweck erfüllt, für den es die Hitler-Partei finanziert hat:

durch seine Hetze gegen die Marxisten hat Hitler es den Kapitalisten ermöglicht, ihre wirtschaftlichen Forderungen gegen die Arbeiter durchzusetzen.

Nun mag der treue Kapitalknecht Hitler den Platz frei machen für höher Geborene, man bedarf seiner nicht mehr. Das Volk aber erkennt jetzt:

Solange die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Reichstag war, konnte der Kapitalismus die Grundrechte der Arbeiterklasse nicht antasten.

Jetzt, wo die Nationalsozialisten die stärkste Partei geworden sind, sind 230 nationalsozialistische Abgeordnete kein Hindernis für das Scharfmachertum, die Interessen des Proletariats mit Füßen zu treten.

Gefren ihrer geschichtlichen Aufgabe stellt sich die Sozialdemo-

kratie wieder an die Spitze im Kampf um die politische Freiheit und um seine sozialen Grundrechte. Sie ruft zur

sozialistischen Offensive:

Ueberwindung der Krise nicht durch Lohnabbau und Geschenke an die Privatwirtschaft, sondern durch sozialistischen Aufbau einer planmäßig geleiteten Wirtschaft. Die Anträge, die die Sozialdemokratie im aufgelösten Reichstag gestellt hat, zeigen den Weg. Sie fordern Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Großbanken sowie aller staatlich subventionierten Betriebe.

Die Sozialdemokratie führt den schärfsten Abwehrkampf gegen die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse, die durch die jüngsten Notverordnungen auf die Spitze getrieben wird. Sie richtet ihren Hauptstoß gegen den Lohnabbau und die Bedrohung des Arbeitsrechtes.

Sie ruft zum Volksentscheid auf,

um mit dieser Waffe die Beseitigung der sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung zu erzwingen. Das ganze Volk soll sprechen, unmissbar, unmissverständlich! An der Wucht dieser Entscheidung soll der Versuch der Sozialreaktion zerschellen.

Berlin, 12. September 1932.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Unser Volksentscheid!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragt ein Volksbegehren über den folgenden Gesetzentwurf:

§ 1. Der zweite Teil „Sozialpolitische Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten zur Regelung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt Nr. 57, S. 428 folgende) wird mit Wirkung vom 4. September außer Kraft gesetzt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

Der Antrag ist bereits an das Reichsministerium des Innern gegangen, das nunmehr verpflichtet ist, das Volksbegehren in Gang zu setzen.

Die Sozialdemokratie ruft das Volk, sie ruft alle Arbeiter und Angestellten. Wehrt euch, greift an!

In der letzten Notverordnung hat sich die Reichsregierung die Ermächtigung erteilt, mit der Sozialpolitik und mit den Arbeiterrechten zu machen, was sie will. So hat es die Reaktion verlangt. Nun soll das Tarifrecht durchlöcheret, eine neue allgemeine Lohnsenkung durchgeführt werden. Auch alle übrigen sozialen Einrichtungen sind in Gefahr.

Vom Reichstag ist eine Hilfe zunächst nicht zu erwarten. Sein Wille wird mißachtet, er ist von der Regierung aufgelöst worden. Jetzt muß das Volk selbst sprechen. Unmittelbar und unmissverständlich. Es hat das Recht, es hat die Macht dazu.

Die Sozialdemokratische Partei weist den Weg. Noch vor der Auflösung des Reichstags hat sie beim Reichsminister des Innern den Antrag gestellt, über einen von ihr eingebrachten Gesetzentwurf zur Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung das Volksbegehren einzuleiten. Die Grundlage für den Einbruch in die Tarifverträge, für den neuen Lohnraub und für den Generalangriff auf die Sozialpolitik soll zerschlagen werden. Dieses Volksbegehren muß zugelassen, es kann nicht verhindert werden.

Die Sozialdemokratie hat sich darauf beschränken müssen, ihren Vorstoß gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung zu richten. Sie mußte das tun, da Bestimmungen, die den Haushaltsplan oder die Abgabengesetze berühren, nach der Verfassung nicht zum Volksentscheid gestellt werden dürfen. Aber der sozialpolitische Teil verlegt auch

die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten am meisten. Er ist deshalb der wichtigste und entscheidende.

Die Reichsregierung beruft sich bei ihrem Vorgehen auf den Willen des Volkes, wie er bei der Präsidentenwahl unmittelbar zum Ausdruck kommt. Wohlan! Wir wollen diesen Weg gehen. Die Sozialdemokratie appelliert an das Volk, jetzt unmittelbar seinen Willen zu bekunden. Es soll der Sozialreaktion sein unerbittliches Nein entgegensetzen. Ein direkter Entscheid des Volkes soll stattfinden über das Recht der Arbeit in Deutschland, diesem Staat, dessen Existenz auf der Leistung der Arbeiter und Angestellten beruht. Der Wille des Volkes soll entgegengesetzt werden dem Diktat einer kleinen Herrschicht. Großagrarier und Schwerkapitalisten soll die Macht entzissen werden, die sie sich angemacht haben.

Der Kampf wird den Sieg bringen. Es muß ein großer und gewaltiger Sieg werden, ein Sieg, der jeden Widerstand erdrückt. Von Haus zu Haus, von Mund zu Mund muß die Kunde getragen werden: Wir greifen an!

Jeder Arbeiter und jeder Angestellte, jeder Anhänger des Wohlfahrtsstaates, jeder Feind des Armutstaates muß von unserem Kampf erfasst werden. Verbunden mit unserer Wahlarbeit für ein arbeitsfähiges, jede Art der Diktatur abwehrendes Parlament der Freiheit geht die Werbung für die direkte Aktion des Volkes.

Unsere Parole lautet: „Kampf der kapitalistischen Offensive! Waut auf den Staat der Arbeit, des Wohlstandes und der Freiheit!“

Die Diktatur von rechts kann aber nur geschlagen werden, wenn die ganze Arbeiterklasse entschlossen ist, den Kampfboden der Demokratie zu behaupten und sich nicht den Diktatur-Illusionen von links hingibt. Nur weil ein Teil der Arbeiterklasse vom gemeinsamen Kampf abgepalten worden ist, konnte die Reaktion in Deutschland zu ihrer jetzigen Macht erstarken! Als Hüterin der wirtschaftlichen und politischen Rechte der arbeitenden Massen ruft die Sozialdemokratie das ganze deutsche Volk zum entscheidenden Kampf gegen politische Diktatur und wirtschaftliche Versklavung. Ebenso wie politische Freiheit mit sozialem Fortschritt verbunden ist, ist Diktatur unlöslich verknüpft mit sozialer Reaktion

Weg deshalb mit jeder Diktatur, weg mit Papen, weg mit Hitler!

Wir führen den Kampf für die Freiheit, den Kampf für den Aufstieg der arbeitenden Massen!

Gegen das Reich der Reichen, für das Vaterland der Armen! Für ein freies Deutschland,

für Demokratie und Sozialismus!

Dramatische Auflösung!

Nun vorwärts zum Kampf!

Der „Vorwärts“ hat am Sonntagmorgen die Auflösung des Reichstags für Montag angekündigt. Am Montag erhielt er daraufhin eine Auflagenachricht, in der die Reichsregierung ihre Absicht, den Reichstag am Montag aufzulösen, auf das festigste bekräftigt. Zwei Stunden, nachdem diese Auflagenachricht im „Vorwärts“ veröffentlicht worden war, hat die Reichsregierung den Reichstag aufgelöst!

Die erste und letzte Sitzung dieses Reichstags hat im Plenum nur wenige Minuten gedauert, aber es waren dramatische Minuten. Sowohl der Reichskanzler v. Papen als auch der Reichstagspräsident Göring haben dabei keine gute Figur gemacht. Der Reichskanzler v. Papen hätte sofort die Möglichkeit gehabt, nach der Geschäftsordnungsrede des Kommunisten Torgler das Wort zu verlangen, um seine Regierungserklärung dem Reichstag vorzutragen. Er hätte das Wort erhalten müssen. Er hat jedoch die Situation nicht erkannt. Er hat nicht verstanden, daß hier ein kräftiger Stoß gegen seine Absichten geführt wurde und daß das Parlament in der Lage war, die Tagesordnung entgegen dem Programm zu gestalten, das zwischen der Regierung und der schwarz-braunen Koalition vereinbart war. Es scheint, daß sowohl der Reichskanzler als auch der Präsident Göring sich darauf verlassen hatten, daß die deutschnationale Gefolgschaft des Kabinetts Papen den Geschäftsordnungsanträgen widersprechen würde. Aber die deutschnationale Fraktion, deren Ziel die Auflösung des Reichstags war, hat beiden diesen Gefallen nicht getan. Entgegen der Erklärung Oberfahrers im Kabinettsrat wurde kein Widerspruch erhoben, und nun stand die schwarz-braune Koalition unmittelbar vor der Entscheidung, die sie hatte hinauschieben wollen. Es erhob sich Herr Fric und beantragte die Vertagung der Sitzung um eine halbe Stunde. Im Laufe dieser halben Stunde haben die schwarz-braunen Bundesgenossen beraten, wie sie einen Ausweg aus dieser Situation finden könnten. Es war sofort klar, daß die Entscheidung den Nationalsozialisten gänzlich unerwünscht kam. Das schlechte Gewissen ließ sie nach Wegen suchen, auf denen die Auflösung und die Neuwahlen vermieden werden sollten. Aber diese Wege ließen sich nicht finden, ohne daß zugleich ein Bekenntnis zur Tolerierung der Regierung Papen abgelegt werden würde!

Diese halbe Stunde hat jedoch Herrn v. Papen gerettet. Wäre ohne diese Vertagung die Entscheidung sofort gefallen, so wären die Beschlüsse des Reichstags durch keine Ueberreichung des Auflösungsdekrets unterbrochen worden. Das Mißtrauensvotum und die Aufhebung der Notverordnungen wäre unbestritten zu Recht beschlossen worden. In dieser halben Stunde schaffte Herr v. Papen das Auflösungsdekret herbei! Auf den Nationalsozialisten und dem Zentrum liegt die volle Verantwortung dafür, daß ein rechtsgültiger Beschluß zur Aufhebung der Notverordnungen nicht zustandekommen konnte.

Die Art und Weise, wie die zweite Sitzung abrollte, war alles weniger als rühmlich für Herrn v. Papen. Als er sich mehrmals erhob, um unter Handaufheben das Wort zu erbitten, als er die Nappe mit dem Auflösungsdekret in der Hand hielt, ohne sich schlüssig zu werden, was nun damit anzufangen sei, als er schließlich, offenbar auf eine Anregung des Außenministers v. Neurath hin, das Dekret auf den Präsidententisch hinaufreichte, da machte er nicht den Eindruck, den diese Regierung der „autoritären“ Staatsführung in der Öffentlichkeit zu erzielen wünscht.

Ebenso erging es seinem Gegenspieler, dem Reichstagspräsidenten Göring. Als die Abstimmung erledigt war, verkündete er: Wir treten morgen wieder zusammen mit der heutigen Tagesordnung. Erst das Gelächter im Hause machte ihn darauf aufmerksam, daß die gesamte Tagesordnung, die Entscheidung über die Regierung und

Die Auflösungsorder.

Die Order, mit der der Reichstag aufgelöst worden ist, hat folgenden Wortlaut: Auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Verordnung vom 4. September verlangt.

Berlin, den 12. September 1932.

gez. Der Reichspräsident v. Hindenburg.

gez. Der Reichskanzler v. Papen.

gez. Der Reichsminister des Innern v. Gausl.

Löbe beruft den Ueberwachungsausschuß ein.

Als Mitglied des Kabinettsrats und zugleich als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses des Reichstages hat der sozialdemokratische Abg. Löbe folgenden Brief an den Reichstagspräsidenten Göring gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinettsrats nehmen an der von Ihnen einberufenen Kabinettsratsitzung nicht mehr teil, da der Kabinettsrat durch die Auflösung des Reichstages mit betroffen worden ist.“

Die staatsrechtlichen Fragen, die in Ihrer Schlussanfrage aufgeworfen wurden, gehören vor den Ausschuß zur Wahrung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen wird. Als Vorsitzender berufe ich diesen Ausschuß ein und werde den Zeitpunkt der Sitzung noch heute bekanntgeben. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Löbe.“

Genosse Paul Löbe tritt am heutigen Tage in die Redaktion des „Vorwärts“ ein. Der langjährige bewährte Reichstagspräsident, dessen feste Hand man in den beiden Sitzungen des verstorbenen Zwei-Tage-Reichstags nur allzusehr vermißt hat, kehrt damit zu seinem früheren Beruf zurück. Löbe war als junger Buchdrucker in die Redaktion der Breslauer „Volkswacht“ eingetreten, die er dann bis zum Jahre 1920 geführt hat. Es war die Zeit, in der die Parteipresse eine große Zahl ihrer bewährtesten Männer an öffentliche Ämter abgeben mußte. So mußte auch Löbe die Chefredaktion der „Volkswacht“ mit dem hohen Sitz im Reichstag vertauschen. Mit seinem Eintritt in unsere Redaktion ist jetzt der Parteipresse eine ihrer besten Kräfte zurückgegeben.

über ihre Notverordnungen, durch diese einzige Abstimmung erledigt war.

Die Abstimmung im Reichstag, mögen auch ihre staatsrechtlichen Wirkungen bestritten sein, hat eine Mehrheit von 513 gegen 32 Stimmen gegen die Regierung v. Papen ergeben. Herr v. Papen hat dies Abstimmungsergebnis in seiner Rundfunkrede dem deutschen Volke nicht mitgeteilt. Aber dies Ergebnis ist kein Geheimnis, das verborgen bleibt, und das Volk wird die Programmrede des Herrn v. Papen und die Ansprüche, die sie erhebt, messen an diesem Ergebnis!

Diese Programmrede ist in den meisten Punkten eine außerordentlich scharfe Kampfanzeige an einen großen Teil des deutschen Volkes. Sie erklärt die Epoche der Demokratie für abgeschlossen, sie kündigt einen neuen Verfassungsentwurf an, sie legt Absichten der Reichsregierung dar, die radikal konterrevolutionär sind.

Diese Pläne werden verfolgt von einer Regierung, die ein so eklatantes Mißtrauensvotum erhalten hat, wie es wohl in der gesamten Geschichte aller parlamentarisch regierten Länder einzigartig dasteht!

Dies Mißtrauensvotum — wie immer es auch um seine staatsrechtliche Auswirkung stehen mag — schloß eine Beurteilung der Notverordnung dieser Regierung in sich. Trotzdem erklärt die Regierung von Papen dem Volke, daß sie ihren Weg unbeirrt weitergehen werde.

Die Regierung von Papen beruft sich dabei auf die Autorität des Reichspräsidenten. Wir sagen laut: Wo wäre das Mandat einer Volksmehrheit für den Reichspräsidenten von Hindenburg gewesen, wenn es als Mandat für die Verfolgung solcher Pläne gefordert worden wäre?!

Auf welche Kräfte will die Regierung von Papen sich stützen, wenn sie ihre Pläne weiter verfolgen und ihren Weg zu Ende gehen will?

Die Regierung ist getragen von der Hoffnung und der Ueberzeugung, daß von den 513 Stimmen, die gestern gegen sie abgegeben worden sind, ein sehr erheblicher Teil zu Parteien gehört, die ihre kapitalistischen Pläne und ihre Verfassungspläne in der Tendenz gutheißen. Diese Regierung ist durch die Nationalsozialisten zur Macht gelangt und sie ist überzeugt, daß sie den Plänen und den Absichten der Nationalsozialisten Wirksamkeit verleiht. Sie schätzt die Nationalsozialisten nicht ein als eine Kraft für die Demokratie, sondern gegen die Demokratie. Als eine Kraft nicht gegen den Kapitalismus, sondern für den Kapitalismus, nicht gegen die Sozialreaktion, sondern für die Sozialreaktion.

Die Verantwortung der Nationalsozialisten kann nicht dadurch vermisch werden, daß sie jetzt die Formen der parlamentarischen Demokratie benutzen, um ihren Machtkampf um die Führung der Diktatur gegen die Demokratie mit der Regierung Papen durchzuführen!

Sie werden nicht vertuschen können, daß hinter dieser Ausnutzung der Demokratie gegen die Demokratie sowohl der Wille zur Diktatur wie der Wille zum Klassenkampf von oben steht. Denn das Programm, das der Reichskanzler v. Papen entwickelt hat, ist im Grunde genommen ihr eigenes Programm. Für sie hat der Reichskanzler v. Papen dem Volke gesagt, was sie wollen.

Die Sozialdemokratische Partei wird nicht dulden, daß die großen Entscheidungen, die nun herannahen, durch den Machtkampf zwischen Nationalsozialisten und Papen-Regierung verwirrt werden. Es sind große Klassenmäßige Entscheidungen, um die nun gekämpft wird. Es geht darum, daß der deutschen Arbeiterklasse der demokratische Kampfboden entzogen werden soll. Es geht darum, daß unter dem Vorwande der Erhaltung der Sozialpolitik die Sozialpolitik zerbrochen werden soll, es geht darum, daß ein großkapitalistisches Programm der Rettung des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiter durchgeführt werden soll.

Die Sozialdemokratische Partei wird den Kampf unter diesen Gesichtspunkten führen. Sie ruft das Volk auf gegen die gegenrevolutionären Verfassungspläne des Kabinetts v. Papen, zur Verteidigung der Arbeiterrechte und der sozialpolitischen Errungenschaften und darüber hinaus zum Bekenntnis zur sozialistischen Aktion, zum Willen, den Weg zum Sozialismus in der Gegenwart entschlossen zu betreten!

Mit dem heutigen Tag beginnt für die Sozialdemokratische Partei der Wahlkampf zum neuen Reichstag, zugleich aber auch der Kampf mit der Waffe des Volksbegehrens und des Volksentscheids. Die Sozialdemokratische Partei ruft das Volk auf, sich für die Aufhebung der sozialpolitischen Maßnahmen in der Verordnung des Kabinetts v. Papen vom 4. September zu erklären. Der finanzpolitische Teil dieser Notverordnung kann durch ein Volksbegehren nach den Vorschriften der Verfassung nicht aufgehoben werden, aber das Volk hat es in der Hand, im Volksentscheid den Anschlag auf die Sozialpolitik, auf das Tarifrecht und die Arbeiterlöhne erfolgreich abzuwehren! Jetzt liegt die Entscheidung beim Volke! Die Regierung v. Papen bezeichnet sich als die Vertreterin des Volkswillens. Jetzt gilt es, ihr zu zeigen, daß das Volk sie nicht will! Wir führen den Kampf gegen diese Regierung und gegen alle Kräfte, auf die sie sich stützt. Wir kämpfen vor allem gegen die Nationalsozialisten, die diese Regierung in den Sattel geholt haben und die ihr den Mut zu gegenrevolutionären Verfassungsplänen geben.

Wer das Vaterland schlägt, schlägt die Regierung Papen. Vorwärts für Demokratie und Arbeiterrechte!

Freiheit!

Der Herr Doktor Gerguloff wird offenbar doch hingerichtet, nachdem der Präsident Lebrun die Begnadigung des Mörders seines Vorgängers Doumer am Montag den Anwälten gegenüber abgelehnt hat.

Wie aufgelöst wurde.

Eine noch nie dagewesene Sitzung!

Das endgültige Abstimmungsergebnis.

512 Ja, 42 Nein, 5 Enthaltungen.

Die Abstimmung über die verbundenen beiden Anträge, die Notverordnung aufzuheben, sowie dem gesamten Kabinett Papen das Mißtrauen auszudrücken, hatte nach den endgültigen Feststellungen folgendes Ergebnis: Es wurden 559 Karten abgegeben. 512 Abgeordnete stimmten mit Ja und 42 mit Nein. Fünf — nicht, wie der Präsident mitteilte, 50 — Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Unter ungeheurem Andrang hat am gestrigen Montagmorgen um 15 Uhr die zweite Sitzung dieses Reichstags begonnen. Das Reichstagsgebäude war wiederum in weitem Umfange abgesperrt, die Tribünen gewaltig überfüllt. Das neue Präsidium hat auf der Pressetribüne die Arbeitsplätze neu verteilt, offenbar um den Journalisten der Nazipresse, deren Zahl in diesem Hause bedeutend größer ist als je vorher, bessere Plätze zu verschaffen.

Die Regierung war bereits vor Eröffnung der Sitzung vollständig erschienen. Auf der Reichsratsstraße sieht man als Vertreter Preußens den Ministerialdirektor Dr. Badt, den die Braucht-Regierung seines Amtes entsetzt hat. Unter den Nazis waren nur wenige Uniformierte zu sehen.

Präsident Göring

erscheint nicht, wie bisher alle Präsidenten, im schwarzen Rod, sondern in einem Tagesanzug mit braunem Hemd. Er teilt zunächst das Ergebnis der Schriftführerwahl mit, sowie daß der Nazi-abgeordnete Lohle (Schleswig-Holstein) sein Mandat niedergelegt hat und durch den Postinspektor Bachhaus ersetzt worden ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht zur Geschäftsordnung Abg. Torgler (Komm.): Seit Festsetzung der heutigen Tagesordnung sind die Notverordnungen erlassen worden, die den Besitzenden ungeheure Geschenke, den Arbeitern Belastungen schlimmster Art bringen. Das Schicksal der Arbeiterklasse duldet nicht, daß hier auch nur ein Tag verstreicht, ohne daß zu den Anträgen Stellung genommen wird, diese Verordnungen aufzuheben. Wir beantragen daher, über diese Anträge sofort abzustimmen, wobei wir auf jedes Wort der Begründung und der Aussprache verzichten.

Die zweite und letzte Sitzung.

Präsident läßt Reichskanzler nicht reden.

Nach halbstündiger Unterbrechung klingeln die Glocken durch das Haus. Im Saale sieht man den Präsidenten Göring mit Dr. Frick sprechen, was ein Kommunist mit den Worten illustriert: „Der Präsident nimmt Instruktionstunde!“

Zunächst bleiben die Regierungspolster leer, was durch Zurufe äußerst links „Papen ist ausgerissen!“ unterstrichen wird. Jedoch erscheinen die Reichsminister wieder, und zwar

der Reichskanzler mit einer hellroten Mappe, die nach dem Herkommen zur Ueberbringung der Auflösungsdekret dient.

Ihr Anblick löst „Aha!“-Rufe aus.

Präsident Göring: Wir führen die Abstimmung durch. Wir waren bereits in der Abstimmung, und ich muß sie erst durchführen, bevor ich andere Maßnahmen treffen kann. — Wir stimmen in einer Abstimmung über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen und auf Mißtrauensklärung für die Reichsregierung ab. (Zurufe der Deutschnationalen, die betonen, daß die Regierung jederzeit das Wort erhalten müsse. Gegenrufe der Kommunisten und Nationalsozialisten: Hugenbergraus!) Der Präsident ersucht Ruhe zu bewahren.

Reichskanzler von Papen gibt durch Winken mit der Hand dem Präsidenten das Zeichen, daß er das Wort wünsche. — Präsident Göring eröffnet jedoch die namentliche Abstimmung. — Reichskanzler von Papen, dem es nicht gelungen ist, das Wort zu erhalten, geht zum Platz des Präsidenten und übergibt ihm ein Schriftstück, das der Präsident jedoch sofort an den Schriftführer weiterreicht.

Präsident Göring: Wir führen die Abstimmung durch. Wir waren bereits in der Abstimmung, und ich muß sie erst durchführen, bevor ich andere Maßnahmen treffen kann. — Wir stimmen in einer Abstimmung über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen und auf Mißtrauensklärung für die Reichsregierung ab. (Zurufe der Deutschnationalen, die betonen, daß die Regierung jederzeit das Wort erhalten müsse. Gegenrufe der Kommunisten und Nationalsozialisten: Hugenbergraus!) Der Präsident ersucht Ruhe zu bewahren.

Die Regierung hat den Saal verlassen, nachdem der Reichskanzler seine Kollegen durch Gebärden dazu aufgefordert hat, indem er mit dem Daumen über die Schulter nach der Tür zeigte. Außerdem machte er eine Geste, die offenbar besagen sollte, daß dieser Reichstag nicht mehr bestehe und keine Bedeutung mehr habe.

Kurz nach 16 Uhr verkündet der Präsident das

Abstimmungsergebnis: von 550 abgegebenen Stimmen lauten 5 auf Enthaltung, 32 auf Nein, 513 auf Ja.

(Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen der Nationalsozialisten und der Kommunisten.)

Die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen und auf Mißtrauensklärung gegen das Kabinett Papen sind somit angenommen.

Der Präsident teilt mit, daß die Abg. Torgler (Komm.) und Oberföhrer sich zur Geschäftsordnung gemeldet haben, er jedoch das Wort nicht erteile. Er fährt fort:

Reine Damen und Herren! Nachdem bereits die Abstimmung begonnen hatte, hat der Herr Reichskanzler um das Wort ersucht, und nach der Abstimmung hatte ich ihm gemäß der Geschäftsordnung das Wort erteilt. (Zurufe der Deutschnationalen: Heberzeit! — Gegenrufe: Hugenbergraus!) Während der Abstimmung hat der Herr Reichskanzler mir ein Schreiben überreicht, das jedoch durch die Gegenzeichnung eines Kabinetts, das nach dem Mißtrauensvotum der Volksvertretung als gestürzt zu gelten hat, hinfällig geworden ist. (Stürmischer Beifall der Nationalsozialisten.) Dieses Schreiben lautet:

„Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 12. September 1932. (Zuruf von den Komm.: Das kann er sich an den Hut strecken!) Auf Grund des Art. 35 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung...“

Wir beantragen daselbe für die Mißtrauensanträge gegen diese Hungerregierung von Papen. Da aber der Einspruch eines einzigen genügen würde, um dies unmöglich zu machen, beantragen wir für diesen Fall Schluß der Sitzung und neue Sitzung um 16 Uhr mit der von uns vorgeschlagenen Tagesordnung. Weg mit dieser Papen-Regierung, weg mit den Hungerverordnungen! (Händeklatschen der Kommunisten.)

Abg. Löbe (Soz.):

Wir bitten, als zweiten Punkt auf die heutige Tagesordnung folgenden Antrag zu stellen:

Der Reichstag wolle beschließen,

die Reichsregierung zu ersuchen, die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 und die auf Grund dieser Verordnung erlassene Verordnung auf Verneinung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit vom 5. d. M., soweit sie noch nicht in Kraft getreten sind, nicht in Kraft zu setzen, bevor der Reichstag über die Anträge auf Aufhebung dieser Verordnungen entschieden hat.

Wir sind mit der soeben beantragten Vorwegnahme der Aufhebungsanträge, die auch wir gestellt haben, einverstanden. Da aber geschäftsordnungsmäßige Schwierigkeiten bestehen (Unruhe der Kommunisten) — den bereits im Vorkomitee angekündigten Widerspruch Dr. Oberföhrer können Sie nicht aus der Welt schaffen (Sehr gut) —, da darüber hinaus Herr Torgler dem Präsidenten noch einen Tip gegeben hat (Heiterkeit), so glauben wir, das gleiche Ziel auf andere Art und auf einem einwandfreien Weg erreichen zu können. Wir stimmen in erster Linie für die sofortige Erledigung der Aufhebungsanträge, bitten aber gegebenenfalls dafür zu stimmen, daß die vorbereitenden Wirkungen der Notverordnung aufgehoben werden. Sollte dies nicht zustande kommen, so melde ich schon jetzt den gleichen Antrag für die morgige Tagesordnung an.

Präsident Göring fragt nun, ob gegen den Antrag Torgler Widerspruch erhoben werde, was nicht geschieht. (Zunehmende Erregung.) Der Präsident fährt fort: Ich stelle fest, daß damit...

Abg. Dr. Frick (Soz.) meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt Unterbrechung der Sitzung auf eine halbe Stunde. Unter großer Bewegung, die sich zunächst in ausbrechender Heiterkeit äußert, wird dieser Antrag von den Nationalsozialisten, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei angenommen. Haus und Tribünen leeren sich.

(Wärmende Zurufe äußerst rechts und links, die den Schluß des Schreibens verhallen.)

Präsident Göring: Ich nehme den Standpunkt ein, daß notwendig dieses Schreiben keine Gültigkeit hat, da die Gegenzeichnung von einem Ministerium erfolgt ist, dem die Volksvertretung soeben das Vertrauen entzogen hat. (Die Deutschnationalen verlassen geschloffen den Saal.) Die beabsichtigte Auflösung des Reichstages wurde unterstrichen, wie ich zu meinem Bedauern feststellen muß, durch

das Verhalten des Herrn Vizepräsidenten Graef bei der Vorstellung des Reichstagspräsidiums beim Herrn Reichspräsidenten.

In der vorangegangenen Präsidialsitzung hatte Herr Vizepräsident Graef die Zusage gegeben, sich nach der formellen Vorstellung nicht mehr an dem politischen Vortrag zu beteiligen. Er hat es doch getan und sich beim Vortrag dagegen ausgesprochen, daß der Herr Reichspräsident zum parlamentarischen Regime zurückkehre und eine entsprechende Regierung bilde. Dies war der erste Versuch, das Ansehen des Reichstages herabzusetzen. Ich bin fest entschlossen, sowohl das Ansehen des Reichstages ausrechterhalten, wie vor allem das Recht der deutschen Volksvertretung, gemäß der Verfassung zu arbeiten. (Stürmischer Beifall rechts. — Andauernde Zurufe der Komm., die der Präsident bei weiteren Störungen mit Hinweis auf die Bedrohung bedroht.)

Wir werden alle Schritte tun und Maßnahmen treffen, damit ein Auflösungsdekret, das gegengezeichnet ist von einer gestützten Regierung, die sich lediglich auf die verfallende Anzahl von 32 Stimmen im gesamten Reichstag verlassen kann, vom Herrn Reichspräsidenten zurückgenommen wird, da es durch diese Gegenzeichnung wirkungslos geworden ist.

Ich schlage nun vor, morgen mit der vorgesehenen Tagesordnung weiter zu tagen. (Zurufe machen den Präsidenten darauf aufmerksam, daß ja gar keine Tagesordnung vorgelesen ist.) Die Tagesordnung wird vom Vorkomitee festgesetzt werden, der in einer halben Stunde zusammentritt.

Ich hebe hiermit die Sitzung auf. (Stürmischer Beifall rechts, anhaltende große Bewegung. — Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) hatte sich während der Rede des Präsidenten zum Wort gemeldet, aber das Wort nicht erhalten.) Schluß 16.25 Uhr.

Ein Brief Papens an Göring.

Zusammentritt des Reichstags würde verhindert werden.

Reichskanzler von Papen hat an den Reichstagspräsidenten Göring ein Schreiben gerichtet, in dem er feststellt, daß Göring zweimal verfassungswidrig gehandelt hat, indem er einmal dem Reichskanzler auf dessen Bitte hin nicht das Wort erteilt, und indem er zum anderen, obwohl der Reichstag aufgelöst war, noch eine Abstimmung hat vornehmen lassen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, falls der Reichstag, obwohl er aufgelöst ist, noch versuchen sollte, zusammenzutreten, einen solchen Zusammentritt unmöglich zu machen.

Sie will nur solchen Abgeordneten das Betreten des Reichstages gestatten, die zum Ueberwachungs-ausschuß oder zum auswärtigen Ausschuß des Reichstages gehören, da nur diese beiden Ausschüsse auch in der Zeit zwischen der Auflösung des einen Reichstages bis zum Gesamtantritt des neuen Reichstages verfassungsmäßig weiter im Amt bleiben.

Wann wird gewählt?

Noch keine Entscheidung der Reichsregierung.
Hebt die Presseverbote auf!

Der Reichstag ist aufgelöst. Die Schmierenskomödie, die Herr Göring als Verteidiger der Parlamentsrechte zu spielen versuchte, ist kläglich beendet. Das Leben des Reichstags vom 31. Juli zu verlängern, hatte die NSDAP. ein starkes Interesse, die Sozialdemokratie nicht! Die 14 Millionen nationalsozialistischen Wähler haben in den letzten drei Monaten gesehen, was sie angerichtet haben — wenn ihnen Gelegenheit gegeben wird, ihre Fehler wieder gutzumachen, so ist von unserem Standpunkt aus nichts dagegen einzuwenden.

Eine ganz andere Frage betrifft die Rechtsgültigkeit der Rotverordnungen. Der Reichstag hat ihre Aufhebung gefordert — er ist zuvor aufgelöst worden — mit der Begründung, es bestehe die Gefahr, daß er die Aufhebung der Rotverordnungen verlangen könnte! Formaljuristisch dürfte ein solches Dazwischenfahren mit der Auflösung zur Not zu rechtfertigen sein, dagegen kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß es dem Sinn der Verfassung nicht entspricht. Die Verfassung hat dem Reichstag doch nicht nur zum Spaß das Recht gegeben, die Aufhebung von Rotverordnungen zu fordern — wenn aber schon die bloße Absicht, eine solche Forderung zu erheben, durch Auflösung unwirksam gemacht wird, dann wird ein dem Reichstag von der Verfassung gegebenes Recht faktisch aufgehoben.

Ueber den Wahltermin ist noch nichts bestimmt. Er muß schleunigst verkündet werden, wenn nicht im Volke die aller schwerste Beunruhigung entstehen soll. Dieser Winter wird ohnehin hart und schwer genug sein! Die Nationalsozialisten werden wahrscheinlich nichts unversucht lassen, um Wahlen, vor denen sie sich fürchten, zu verhindern. Die Regierung darf keinen Zweifel daran lassen, daß unter allen Umständen in der verfassungsmäßigen Frist von 60 Tagen gewählt werden wird. Würde auch dieses Ventil verstopft, so könnte niemand für das, was dann käme, die Verantwortung übernehmen!

Die Wahlen müssen rechtzeitig vorgenommen werden, und sie müssen frei und unbeeinflusst sein. Darum fordern wir die sofortige Aufhebung der Zeitungsverbote! Ob die Regierung nach den gestrigen Vorgängen im Reichstag noch das Recht hat, neue Zeitungsverbote zu erlassen, darüber mag sie selber nachdenken — jedenfalls hat sie im Augenblick noch die Macht dazu. Es muß ihr angeraten werden, von dieser Macht einen vorsichtigeren Gebrauch zu machen als bisher.

Nach der Auflösung.

Heute sozialdemokratische Fraktionsitzung.

Am Dienstag, vormittags 10 Uhr, hält die sozialdemokratische Fraktion eine neue Sitzung ab.

Die ständigen Ausschüsse tagen!

Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte des Reichstags, der sogenannte Ueberwachungsausschuss, ist von seinem Vorsitzenden, dem Genossen Paul Löbe, auf heute vormittags 11 Uhr einberufen. Er wird sich mit der staatsrechtlichen Lage beschäftigen, die durch die Ereignisse des gestrigen Tages geschaffen worden ist, insbesondere mit der Frage des Wahltermins.

Auf 3 Uhr nachmittags ist auch der Auswärtige Ausschuss von seinem Vorsitzenden Fried einberufen. Tagesordnung: Lausanne und Abrüstung.

Die Regierung hat erklärt, daß sie in beiden Ausschüssen, die verfassungsmäßig auch nach der Auflösung weiterbestehen, vertreten sein wird.

Keine Reichstagsitzung mehr.

Die für Montagnachmittag 5 Uhr in Aussicht genommene Sitzung des Ältestenrats des Reichstags ist abgesagt worden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ältestenrats hätten sich an dieser Sitzung nicht beteiligt, weil sie die Auffassung vertreten, daß der Ältestenrat durch die Auflösung mitbetroffen worden ist. Da auch die Vertreter der Zentrumsfraktion dem Reichstagspräsidenten gegenüber erklärt hatten, daß nach ihrer Ansicht der Reichstag nicht mehr vorhanden sei, hat sich Präsident Göring veranlaßt gesehen, auch die für Dienstag in Aussicht genommene Sitzung des Reichstags abzusagen zu lassen.

Zentrumsprotest.

Die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei bezeichnet die Reichstagsauflösung als eine schwere Schädigung von Volk und Wirtschaft. Sie hätte vermieden werden können und müssen. Die Reichsregierung habe jedoch alle dahingehenden Bestrebungen des Zentrums vereitelt. Die Reichstagsauflösung entspreche weder dem Wortlaut noch dem Geist der Verfassung.

Eine Erklärung Görings.

Reichstagspräsident Göring gab der Presse eine Erklärung in der er sagte:

Ich habe die Reiterteilung erhalten, daß Länderregierungen die Absicht haben, augenblicklich und unverzüglich beim Staatsgerichtshof eine Entscheidung und einstweilige Verfügung herbeizuführen, da sie legitimiert sind, während der Reichstagsauflösung eine Lücke der Verfassung nicht legitimiert ist, diesen Streit beim Reichsgericht zu führen. Die Länder werden den Streit dahin präzisieren, ob eine gestürzte Reichsregierung überhaupt durch Gegenzeichnung einen Reichstag auflösen kann. Die Frage, ob der Reichstag vor der Abstimmung bereits aufgelöst war, verneine ich auf das entschiedenste. Best steht, wie immer auch das Reichsgericht entscheiden mag, daß die Abstimmung unter allen Umständen zu recht besteht, daß das Kabinett Papen mit erdrückender Mehrheit gestürzt worden ist. Ich werde nun zunächst mit den Parteiführern darüber konferenzieren, welche Schritte weiterhin zu unternehmen sind.

Bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes werde ich Amtshandlungen des Reichstags, soweit es sich nicht um die fortbestehenden Ausschüsse handelt, unterlassen.

Papens Programm.

Gegenrevolutionäre Verfassungspläne.

Reichskanzler von Papen hielt gestern die Programmrede, an der er im Reichstag verhindert worden war, im Rundfunk. Er beschwerte sich scharf darüber, daß der Reichstag zwar die kommunistische Frau Jettin angehört habe, ihn aber nicht. Dann ging er zu seinem Programm über.

Die Reichsregierung habe abgelehnt, Versprechungen zu machen, sie habe vielmehr gehandelt. Sie habe die großen Probleme in Angriff genommen, die seit dem Krieg hätten Aufgabe der Staatsführung sein müssen. Sie sei fest entschlossen, den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung weiterzugehen.

Ihre Tätigkeit bestehe im Abschluß einer alten und der Eröffnung einer neuen Epoche.

Das System der Reparationen und der Young-Plan seien tot und werden nie mehr lebendig werden. Jetzt kämpfe die Reichsregierung um die volle Souveränität des Reiches, seine Freiheit und Gleichberechtigung. Einzelne Parteien hätten der Reichsregierung die Berechtigung dazu bestritten, da sie auf einer zu schmalen Basis stehe. Jede deutsche Regierung aber, die diese Frage aufnehme, habe die Zustimmung und die Unterstützung des gesamten deutschen Volkes.

Die deutsche Reichsregierung wolle die Abrüstung. Niemand würde es freudiger begrüßen als Deutschland, wenn alle Staaten ihre Versprechungen dazu einlösten. Die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz seien eine grausame Enttäuschung gewesen. In diesem Augenblick müsse die Frage der deutschen Gleichberechtigung zur Entscheidung gebracht werden.

Die deutsche Regierung werde nicht weiter an der Konferenz teilnehmen, bevor nicht diese Frage im deutschen Sinne geklärt sei. Die französische Antwort sei nicht geeignet, die Lösung dieses ersten Problems zu fördern.

Das Kabinett werde nun in den nächsten Tagen Beschluß darüber fassen, welche Schritte weiter ergriffen werden müssen.

Die deutsche Wirtschaft arbeite nach dem Ende der Reparationen wieder für sich selbst. Die Regierung habe sich entschlossen, den Wirtschaftstums entscheidend zu verändern und den Kurs gegen die Schrumpfung aufzunehmen, um die Arbeitslosigkeit herabzusetzen. Schon zeigten sich erhellende Zeichen des Stillstands und der Besserung der Krise. Die Regierung habe bei ihrem Programm den Weg der Vergebung öffentlicher Arbeiten nicht außer acht gelassen. Darüber hinaus sei aber auch ein großzügiger, die ganze Wirtschaft umfassender Plan notwendig gewesen, bei dem auch ein Ausgleich zwischen den Interessen der Gesamtwirtschaft und der Landwirtschaft geschaffen werden müsse.

Die Verringerung der Arbeitslosigkeit sei die beste Sozialpolitik.

Die Regierung von Papen lasse sich von niemandem im deutschen Volke an sozialer Gesinnung übertreffen.

Nur wenn die Zahl der Arbeitslosen verringert werde, könnten die Unterstufungen erhöht werden. Eine Reform der Sozialversicherung sei notwendig, sie müsse vereinfacht und verbilligt werden und der Not der Zeit angepaßt werden. Niemand denke daran, wohl-erworbene Rechte des öffentlich-rechtlichen Versicherungsträgers zu beseitigen und das Tarifvertragsrecht zu zerstören.

Herr von Papen richtete dann einen Appell an das Unternehmertum. Mühlsteine der Plan, dann sei das freie Unternehmertum verloren und die Elemente der staatlichen Regelung der Wirtschaft würden sich durchsetzen. Wehe dem Unternehmertum, wenn es die große Chance nicht ergreife. Der Plan der Reichsregierung gebe Arbeit und Brot.

Die Reichsregierung arbeite ferner am Umbau des staatlichen Lebens.

Wir stehen am geistigen Wendepunkt des liberalen Jahrhunderts. Daraus müssen die Konsequenzen gezogen werden. Die Konstruktionsfehler des Rohbaus von Weimar und rein formalen Demokratie müßten beseitigt werden. Das sei die historische Mission der Reichsregierung. Deshalb werde sie ihren Platz weder einer neuen Parteienkoalition, noch einer Regierung der Diktatur einer Partei räumen. Sei der Kampf gegen das System jahrelang geführt worden, um neue Parteiwirtschaft, neue Parteibuchbeamten nur mit anderen Vorzeichen einzuführen? Das

System der formalen Demokratie habe im Urteil der Geschichte und in den Augen der deutschen Nation abgemirtschaftet und könne nicht mehr zu neuem Leben geweckt werden.

Es gelte die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen nationalen Staatsführung, gestützt auf Macht und Autorität des Reichspräsidenten.

Der Reichskanzler wandte sich dann beschwörend an die Nationalsozialisten, sie sollten nicht verfälschen und zerbrechen, was sie seit Jahren aufgebaut hätten.

Jede Autorität habe ihren Ursprung in Gott. Die Regierung werde den Kulturbolschewismus in jeder Form bekämpfen.

Die Erziehung der Jugend muß wieder unter den Gesichtspunkt gestellt werden, ein Geschlecht heranzubilden, das fähig ist, den Staat zu tragen. Die Freiheit der Erziehungsberufenen, die in der Verfassung gewährleistet wird, legt voraus, daß die Erzieher sich der Pflicht bewußt bleiben, die ihnen durch die geschichtlichen Ueberlieferungen des deutschen Volkes auferlegt wird. Schulen und Lehrer, die diese Pflicht verletzen, haben keine Berechtigung. Nicht den Parteien, sondern der Familie und den Religionsgemeinschaften gibt die Verfassung das Recht zur Erziehung. Nicht private Weltanschauungen, sondern die ewigen Wahrheiten des christlichen Glaubens müssen die Grundlage sein zur Erziehung der Nation.

Die grundsätzliche Beseitigung der Schäden, die aus der Staatsführung der letzten 13 Jahre entstanden sind, kann folgerichtig in einer

Reform der Verfassung

gefunden werden. Wir werden diese Frage nicht übereilen und nur in Uebereinstimmung mit den Ländern der Lösung zuführen.

Wir beabsichtigen, dem deutschen Volk nach sorgfältiger Prüfung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der auf Grund der Erfahrungen der Geschichte und der Eigenart unserer Heimat für lange Zeit die Grundlage unseres staatlichen Lebens sichern soll. Ich kann heute keine Einzelheiten geben. Nur auf wenige Punkte will ich hinweisen.

Das Wahlrecht — das ist die Auffassung fast aller politischen Parteien — bedarf eines Umbaus. Die Heraushebung des Wahlalters wird Schule und Universtität in weitem Maße von politischer Radikalisierung befreien, der sie heute zum Opfer zu fallen drohen. Es wird geprüft werden, ob und wie der Aufbau der Volkserziehung in Zukunft organisieren und die Selbstverwaltungskörpern verbunden werden kann. Ich möchte mir versagen, heute versagen, auf Einzelheiten einzugehen. Nur auf einen Punkt will ich hinweisen: auf das Verhältnis zwischen Staat und Preußen.

Die Verhältnisse in Preußen haben dem Herrn Reichspräsidenten dazu veranlaßt, die geschäftsführende preussische Regierung ihres Amtes zu entheben und den Reichskanzler als Reichskommissar dort einzusetzen. Daß ein solcher Schritt notwendig geworden ist, ist ein untrügliches Zeichen für die Dringlichkeit einer Lösung der Frage Reich-Preußen. Es muß in Zukunft ausgeschlossen sein, daß im Reich und in seinem größten Lande gegeneinander und nebeneinander regiert wird. Es muß auch ausgeschlossen sein, daß, wie bisher, das Reich der Exekutive seines größten Landes machtlos preisgegeben ist. Die Frage Reich-Preußen wird im Rahmen der Verfassungs- und Reichsreform gelöst werden. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen wird die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten.

Es ist ein einheitlicher und folgerichtiger Plan zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staatslebens. Die Reichsregierung betrachtet sich hierbei als Vollstreckerin eines nationalen Willens, der zwar seinen Niederschlag noch nicht in manchen Parteien gefunden haben mag, der aber dem eigentlichen und wahren Volkswillen entspricht. Die Reichsregierung wird dem politischen und wirtschaftlichen Leben die nötige Sicherheit geben, ohne die es nicht arbeiten kann. Diese Sicherheit besteht in unserer unerschütterlichen Entschlossenheit, die Pläne, die wir im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten zur Rettung Deutschlands gefaßt und verkündet haben, bis zum Erfolg durchzuführen. Darum rufe ich dem Lande in dieser Stunde zu: Mit Hindenburg und für Deutschland!

Frankreichs Rüstungsantwort.

Höfliche Form — sachliche Ablehnung.

Die französische Antwortnote auf das deutsche Rüstungsmemorandum, deren wesentlichen Inhalt wir an anderer Stelle wiedergeben, trifft das deutsche Volk in einem Augenblick, in dem es auch noch andere Sorgen hat! Es sei darum für heute hier nur festgestellt, daß das Dokument sich eines konzilianten Tons bedient, jedoch aber die deutschen Forderungen mit einer bemerkenswerten dialektischen Geschicklichkeit ablehnt.

Es begibt sich damit freilich in die Defensive. Die Berichtigungen über Genf werden durch die Tatsachen widerlegt und vor allem gibt es in der Sozialistischen Internationale nur eine Meinung darüber, daß die Genfer Ergebnisse geradezu kläglich sind. Nachdem die französische Regierung den Vorschlag Hoovers auf Abschaffung der Angriffswaffen praktisch abgelehnt hat, kann sie auch nur, schwer behaupten, sie habe den Erfolg der Abrüstungskonferenz gefördert.

Die französische Regierung kann sich von ihrem großen und schweren Teil der Verantwortung für den unbefriedigten Stand des Rüstungsproblems nicht befreien. Leider läßt sich aber nicht bestreiten, daß der Versailles Vertrag noch immer besteht und daß sich Frankreich im Sinne dieses Vertrages darauf berufen kann, daß nur der Völkerbundsrat Deutschland von den militärischen Bindungen aus diesem Vertrag befreien kann.

Hier würde sich einer vom Vertrauen der breiten Masse des Volkes getragenen Reichsregierung vielleicht ein Weg öffnen, gewisse Wünsche auf Umbau der Wehrmacht, die keine Aufrüstung darstellt, durchzusetzen. Für eine Regierung, die den schwarzen 12. September eben hinter sich hat, sehen wir einen Erfolg verheißenden Weg der Außenpolitik überhaupt nicht mehr!

Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett trat noch am Montagabend um 21 Uhr zu einer Sitzung zusammen und unterhielt sich eingehend über die innenpolitische Lage. Eine amtliche Verlautbarung hierüber ist nicht erfolgt.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Dienstag, 13. September, 1934 Uhr, tagen die Gruppen: **Gewerkschaftshaus:** Jugendheim Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25. Wir sind am Urban. — **Steglich:** Jugendheim Flemingstr. 140. Eine Stunde Wirtschaftsgeschichte. — **Spandau-Wilhelmshagen:** Jugendheim, Sportplatz Bürgerstr. 48, Zimmer 3. Die Schulpolitik. — **Wannow:** Jugendheim Riffingstr. 48, Zimmer 3. Ein Tag im Gefängnis. — **Frankfurter Allee:** Jugendheim Lütow Str. 18. Das Arbeitslosenproblem. — **Vahleberg:** Jugendheim Poststr. 22. Wir erhalten den Abend selbst aus. — **Neu-Weidenberg:** Jugendheim Guntersd. 44. Die Konsumgenossenschaften. — **Ostende:** Jugendheim Ratzschb. Teatralallee 44 (Kant-Schule). Freiwilliger Arbeitsdienst — Arbeitsdienstpflicht und Gewerkschaften. — **Kronprinz:** Jugendheim, Schule Elisabethenstr. 19. Warum muß ich der Jugendhilfe organisieren? — **Schöne-weber:** Jugendheim Hoeselwerderstraße (Mädchenhause, im Keller). Der Ausgang der Wahlen und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse. — **Miersdorf:** Jugendheim Alsterhof, Bismarckstr. 1. Sicher- und Befehds. — **Moabit:** Beschäftigung der „Bermärkte“-Deutsche. — **Wie spielen ab 18 Uhr:** Rockkreis: Sportplatz Humboldthain. — **Silbottreis:** Sportplatz Am Urban. — **Rockbois-** Kreis: Sportplatz Eintracht Poppel, Platz 2.

1934-Arbeiter beim Bezirksamt Friedrichshagen, Dienstag, 13. September, 1934 Uhr, bei Witzsch, Petersburger Str. 3, wichtige Vortragsung.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Gesundbewegung:** Jugendheim Schönkestr. 1. Was geht in der Politik vor? — **Vahleberg:** Jugendheim Guntersd. 44. Arbeitsgemeinschaft: Kulturelle Probleme Ahrens. — **Rockbois:** Jugendheim Lehmer Str. 15-19. Heute laßt uns fangen und fröhlich sein. — **Heute, ab 19 Uhr, Sportstunde** in der Turnhalle Baruther Str. 20. — **Spiele im Freien:** Ab 20 Uhr in Röschen, Eiche-Sportplatz, Ede Wendenstr. 23. Ab 18 Uhr Sportplatz Heberge.

Der „Bormärkte“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Lust und Zeit“.

Anzeigenpreise: Die einspalt. Millimeterzeile 30 Pf., Reklamazeile 2.— M., „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 20 Pf. (unleßlich zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf., Familienanzeigen Millimeterzeile 15 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentlich von 9½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Verantwortlich für Politik: Victor Schöff; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Familien: Herbert Lepke; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Otto Bengel; Anstalt in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

Frankreich lehnt deutsche Aufrüstung ab.

Ausweichende Stellungnahme zur Gleichberechtigung. — Keine Sonderverhandlungen. — Völkerbund allein zuständig.

Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Verlangen auf Gleichberechtigung, das dem französischen Botschafter in Berlin am 29. August mitgeteilt wurde, wird nunmehr veröffentlicht, nachdem die Antwort bereits am Sonntagmittag der deutschen Regierung überreicht worden war. Die Antwort stellt in der deutschen Uebersetzung ein Schriftstück von etwa elf Schreibmaschinenseiten dar. Frankreich lehnt in der Antwort eine deutsche „Aufrüstung“ ab und verweist die Entscheidung über den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung auf den Völkerbund, bei dem allein die Entscheidung liege.

Die Antwort gliedert sich in zwei Teile, deren erster sich mit der Abrüstungskonferenz beschäftigt, während in dem zweiten Teil die Antwort auf das deutsche Verlangen im einzelnen gegeben wird.

In dem ersten Teil der Antwort erklärt die französische Regierung unter anderem, daß die deutsche Auffassung der Verlauf der Abrüstungskonferenz werde unbefriedigend bleiben, den Ereignissen vorgehe und sich bei gerechter Bewertung des bereits Geleisteten nicht rechtfertigen lasse. Die Regierung der französischen Republik sei sich bewußt, alles Erforderliche getan zu haben, um ein ordnungsmäßiges Fortschreiten der Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen. Sie habe unter anderem die von ihr aufgestellte These hinsichtlich der Sicherheit für einen späteren Zeitpunkt zurückstellen lassen und habe sich damit einverstanden erklärt, daß die

Prüfung dieser These ebenso lange verschoben werde, wie es von Deutschland für die Prüfung seiner Forderung auf Gleichberechtigung verlangt wird.

Sie habe überdies ihren Willen zur Aufrüstung durch Herabsetzung der Wehrausgaben um 1,5 Milliarden Franken bewiesen. Nach Aufzählung weiterer Zugeständnisse der französischen Regierung weist die Note dann darauf hin, daß nach französischer Auffassung der Schwerpunkt der Abrüstungskonferenz auf Artikel 8 der Völkerbundsatzung liege, woraus sich ergebe,

daß man nicht nach Aufrüstung einzelner streben dürfe, sondern nach einer kontrollierten allgemeinen Aufrüstung.

Wenn die deutsche Regierung sich für berechtigt erklären wollte, ihren eigenen Rüstungsstand unter Berufung darauf zu ändern, daß von dem jetzt in Vorbereitung stehenden Abkommen nur unzureichende Ergebnisse zu erhoffen seien, so würde sie nicht nur den klaren Verpflichtungen aus dem von ihr unterzeichneten Vertrag zuwiderhandeln, sondern sie würde durch ihre Haltung auch die künftige Verwirklichung der allgemeinen Aufrüstung unmöglich machen. Das Ziel sei, zu einem Abkommen zu gelangen, das den Völkern wirkliche Friedensgarantien biete. Wenn Deutschland die Absicht habe, gemeinsam mit Frankreich wie mit anderen Staaten an diesem Werke zu arbeiten, über dieses Werk zu verhandeln und Besprechungen darüber zu führen, so sei nichts berechtigter, nichts wünschenswerter als das.

Diese Arbeiten, an denen Frankreich in aufrichtig liberalerem Sinne teilzunehmen gedenke, würden es ermöglichen, festzulegen, welches die Rechtsstellung Deutschlands innerhalb einer allgemeinen, unter dem Schutz der Schiedsgerichtsbarkeit und der Kontrolle stehenden Friedensordnung sein soll. Diese Frage stelle sich zunächst in juristischer Hinsicht. Hier weist die Note auf die Unterschiede hin, die zwischen der deutschen und französischen Ansicht beständen. Deutschland erkläre, die Abrüstungskonvention müsse ipso jure an die Stelle des Versailler Vertrages treten, und es dürften keine „Sonderbestimmungen“ für Deutschland vorgesehen werden. Hierzu erklärt die Note:

Vom Rechtsstandpunkt aus kann die französische Regierung dieser These nicht beipflichten. Denn weder im Teil V des Vertrages von Versailles noch in der Völkerbundsatzung findet sich irgendeine Vorschrift, wonach eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen die Richtigkeit der im Vertrage enthaltenen Bestimmungen dauernden Charakters zur Folge hätte.

Mit diesem rechtlichen Vorbehalt erklärt sich Frankreich bereit, feinerseits an der Prüfung dieses Problems auf dem gleichen Fuße wie alle anderen Beteiligten und mit dem Wunsche mitzuarbeiten, daß in den künftigen Tagen die Fort-

schritte berücksichtigt werden, die durch die Arbeiten der Konferenz selbst erzielt sein werden.

Zur sachlichen Seite erklärt die Note, die französische Regierung brauche nicht zu zögern, die Richtschnur ihres Handelns bekanntzugeben.

Sie werde auf dem Wege der Abrüstung um so weiter gehen, je größere Garantien sie in der allgemeinen Organisation des Friedens finde.

Die Note weist hier auf die Erklärung hin, die Frankreich bereits in Genf abgegeben habe, als Deutschland zum erstenmal die Frage der Gleichberechtigung anschnitt, in der sie erklärte, mit dem Tage, wo eine internationale Organisation geschaffen wäre, die jedem Gewähr für seine Sicherheit biete und jedem die gleiche Verpflichtung auferlege, wäre die Regelung dieser Frage in hohem Maße erleichtert. Frankreich betont sodann, daß der französische Sicherheitsgedanke und der Ausdruck Sicherheit sich in den Völkerbundsatzungen befinde und das Frankreich keinen verschleierte Imperialismus zu vertreten beabsichtige. Frankreich habe in der Sicherheitsfrage positive Vorschläge gemacht. Es sei nicht nur bereit, etwaige Anregungen Deutschlands zu prüfen, sondern es bitte um solche Anregungen, ebenso wie die anderen Staaten. Nichts würde zur Befriedung der Welt zweckmäßiger erscheinen, als ein Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs auf diesem Gebiete.

In dem zweiten Teil der Antwort wendet sich die französische Note dem Abschnitt sieben der deutschen Zusammenfassung, in dem auf organisatorische Änderungen (Abstufung der aktiven Dienstzeit, Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht, Errichtung einer Miliz) hingewiesen wird, zu.

Um sicher zu sein, daß es in diesem Text keine irrtümliche Auslegung gebe, habe die französische Regierung sich an die

Erklärungen des Reichswehrministers in der „New York Times“ vom 8. August des „Heimadienstes“ vom 1. September und des Resto del Carlino“ vom 31. August

gehalten. Es handele sich demnach darum, daß für Deutschland auf dem Gebiet des Heeres Luftstreitkräfte, Kampfwagen, schwere Artillerie sowie Luftabwehrgeschütze, und auf dem Gebiet der Marine Unterseeboote, Flugzeugmutterchiffe und Panzerschiffe gefordert würden:

Kein Zweifel: es handele sich hier um eine Aufrüstung.

Sodann fährt die Note wörtlich fort: Schon jetzt muß darauf hingewiesen werden, daß diese Aufrüstung sich unabwendbar auf alle die Staaten ausdehnen würde, die durch Verträge an ein ähn-

liches Regime gebunden sind wie Deutschland. Eine Aufrüstung des ganzen mittel- und osteuropäischen Problems wäre also die unmittelbare Folge, und auf dieser breiten Grundlage würde das Betrüben von neuem beginnen. An der Frage, die Frankreich vorgelegt worden ist, ist also ganz Europa unmittelbar interessiert, und Frankreich kann sich nicht darauf einlassen, auf ein Problem von solchem Umfang für sich allein eine Antwort zu erteilen.

Und es geht offensichtlich um noch mehr. Da nach den Erklärungen, die die Herren Minister von Neurath und von Schleicher am 29. August dem Herrn Botschafter Francois-Poncet gegenüber abgegeben haben, Deutschlands Forderungen sich auch auf das Seewesen erstrecken, würde das gesamte Flottenregime der Mächte mit ins Spiel gezogen werden. Diese Unvorsichtigkeit einer Einzelantwort würde also das gesamte Rüstungsregime der Welt berühren. Dieser Gesichtspunkt kann dem Scharfsinn der verantwortlichen Staatsmänner nicht entgehen.

Wenn also Deutschland auf seinen Absichten besteht, so muß eine allgemeine Aktion durchgeführt werden.

Auf welchem Boden?

Nicht auf dem Boden der Abrüstungskonferenz. Zunächst deshalb, weil die Forderung Deutschlands dem Ziel dieser Konferenz — das darin besteht, Herabsetzungen und nicht Erhöhungen der Rüstungen zu erzielen — seinem Wesen nach direkt zuwiderläuft. Und ferner deshalb, weil an dieser Konferenz Vertreter von Nationen teilnehmen, die an den Friedensverträgen nicht beteiligt waren. Die erforderlichen Verhandlungen könnten zweifellos nicht geführt, ja nicht einmal angebahnt werden ohne Befragung der Mächte, die dem Vertrauenspakt vom 13. Juli 1932 beigetreten sind. Außerdem ist für die Diskussion

der Vertrag von Versailles maßgebend,

der nicht einseitig abgeändert werden kann, und besonders der Artikel 164, in dessen zweitem Absatz es heißt:

Es ist keinerlei Aenderung in dem durch den Vertrag bestimmten Rüstungsstande gestattet, bevor Deutschland nicht in den Völkerbund aufgenommen worden ist; dieser kann etwa wünschenswert erscheinenden Abänderungen zustimmen.

So liegt also die Entscheidung allein beim Völkerbund. Frankreich kann den Verpflichtungen, die es ihm gegenüber eingegangen ist, nicht zuwiderhandeln, und wir behalten uns vor, vor dem Völkerbund gegebenenfalls die Gründe darzulegen, die uns hindern, einer Wiederaufrüstung Deutschlands zuzustimmen.

Krach um die Kontingente.

Grüne Front und Reichsregierung. — Stellt Warmbold die Kabinettsfrage?

Der Reichstag ist aufgelöst, die Regierung Papen amtiert aber weiter. Im Kampf um die Forderungen der „Grünen Front“, die Einfuhr sämtlicher landwirtschaftlichen Produkte durch Kontingente zu droffeln, ist durch den sehr scharf gemordenen Widerstand der Exportindustrie und des Großhandels eine Zuspitzung eingetreten, die, wie es scheint, selbst den Bestand dieser Reichsregierung von innen her zu gefährden vermöge. Jedenfalls spricht man schon von einer möglichen Teilkrise innerhalb des Kabinetts. Der Reichswirtschaftsminister Warmbold soll erklärt haben, daß eine Durchführung der Forderungen der Grünen Front nur ohne ihn möglich sei.

Die Vertreter der „Grünen Front“ waren am Freitag beim Reichskanzler. Sie trugen ihm und dem anwesenden Reichsernährungs- sowie dem Reichswirtschaftsminister ihre auf generelle Zinsenkung und generelle Kontingentierung der landwirtschaftlichen Einfuhr hinzulebenden Forderungen vor. Das Ergebnis war offenbar nicht so befriedigend, wie die Grüne Front es wünscht. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet Reichswirtschaftsminister Warmbold als den Urheber des Widerstandes. In einem

nicht mißzudeutenden Hinweis auf die früheren Beziehungen des Reichswirtschaftsministers zur Stickstoffindustrie wird gesagt, daß Warmbold aus eigener Erfahrung und Praxis unbedingt Verständnis für die Kontingentforderungen der Landwirtschaft aufbringen müsse. Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es „für ganz unvorstellbar“, daß ausgerechnet dieser Reichswirtschaftsminister sich in so eindeutiger Weise zum Anwalt überspitzter Forderungen der Exportinteressenten gemacht haben sollte. Hier tue Aufklärung not. Mit der Forderung dieser Aufklärung erfolgt das Ansinnen an die Reichsregierung, sich notfalls vom Reichswirtschaftsminister Warmbold zu trennen.

Wir haben vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft in ihrem Interesse eine zweite Papen-Verordnung gefordert hat mit der Begründung, daß das bisherige Programm nur ein Torso sei und durch die Erfüllung der landwirtschaftlichen Wünsche ergänzt werden müsse. Demgegenüber hat Reichswirtschaftsminister Warmbold wiederholt erklärt, daß er nicht daran denke, die von ihm erwarteten Auswirkungen des Wirtschaftsprogrammes durch ein „völliges Nachgeben“ gegenüber den landwirtschaftlichen Forderungen zerstückeln zu lassen, was sowohl



Die richtige Zigarette Zu wählen,

ist ein Gebot der Klugheit.

Deshalb entscheidet sich der Kenner stets für

JUNO,

die gute ihm seit vielen Jahren unentbehrlich gewordene Marke.

Josetti verzichtet bewußt auf Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien, um dafür dem Raucher Besseres gewährleisten zu können, nämlich:

Feinste Qualität und volles Format!



hinsichtlich der Kontingente als auch hinsichtlich der generellen Zinsentung gelte.

Innerhalb der Regierung scheint auch schon eine gewisse Klärung in dem Sinne erfolgt zu sein, daß die Kontingentierung bestimmter Einfuhrartikel bereits jetzt aufgegeben sei. Man spricht davon, daß die Einfuhr von Därmen, Fellen und Häuten, aber auch die Einfuhr von Holz von der Kontingentliste des Reichsernährungsministers gestrichen sei. Wenn Warmbolds Widerstand Sinn haben soll, so muß er viel weiter gehen und muß sich grundsätzlich gegen die Kontingentpolitik richten, bei deren Durchführung die deutschen Handelsverträge samt und sonders zerlegt werden müßten. Freilich ist es nach allen bisherigen Erfahrungen höchst zweifelhaft, wie weit Warmbolds Widerstandstrakt reicht!

Der Fluch der Subventionen.

Hausbesitzer wollen mehr. — Stützung für Eisenwarenindustrie. — Die Garagenbesitzer.

Das Papen-Programm ist mit seinen Steuer- und Lohnsubventionen ein Interessentenhaufen-Programm für die ganze kapitalistische Unternehmungskategorie. Wo Subventionen verteilt werden, ist der Appetit unerstickt. Bei der Landwirtschaft hat er schon zur Förderung eines zweiten Papen-Programms geführt, das so extrem ist, daß möglicherweise selbst diese den Junkern so wohlgenannte Regierung in ihrem Bestande gefährdet werden kann. Jetzt melden andere Unternehmerkreise ihre Forderungen nach staatlichen Liebesgaben an.

Vorstand und Reichsausschuß des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer haben vom 8. bis 10. September getagt. Das Geschenk von 50 Millionen Mark, das ihnen die Papen-Verordnung vom 4. September gemacht hat, ist ihnen nicht genug. Sie haben jetzt die Frage der Zinsentung diskutiert, sind zwar zu einer Ablehnung der generellen Zinsentung gekommen, haben aber um so weitergehende Forderungen erhoben. Das Reich soll billige Kredite zur Verfügung stellen, damit der Hausbesitzer jene Hypotheken zurückzahlen kann, die infolge einer höheren als Prozentsigen Verzinsung vorzeitig gefündigt werden dürfen. Die Hausbesitzer könnten diese Schuldvorschrift nicht ausüben, weil das Kapital zu Ertragshypotheken fehlt. Solange das Reich diese Mittel noch nicht zur Verfügung stellt, müsse eine steuerliche Sonderentlastung — offenbar ein weiterer Ausbau der Hauszinssteuer zugunsten der Hausbesitzer — durchgeführt werden, um außerdem eine systematische Senkung des Pfandbriefzinses herbeiführen — natürlich auf Kosten der Pfandbriefinhaber — und die unter öffentlicher Aufsicht stehenden Hypothekendarlehen sollen dazu veranlaßt werden, unverzüglich die Hypothekendarlehen entsprechend zu verbilligen.

Die Eisen- und Stahlwarenindustrie hat sich ebenfalls zum Wort gemeldet. Diese Industrie leidet in der Tat unter den auch von der Regierung geförderten Exportschwierigkeiten und der von den deutschen Regierungen bis heute geduldeten Ausmüherung der infandischen Eisenerzeuger durch die Eisenartelle. Aber es ist charakteristisch, daß die Hauptforderungen dieser Industrie sich nicht gegen den Kartellwucher und gegen junkerliche Abschließungspositionen richten, sondern öffentliche Subventionen betreffen. Eine Hilfsaktion der Regierungen müsse Entlastungen auf steuerlichem Gebiet bringen — also über die Entlastungen der Papenregierung hinaus! Die Aufbringungsumlage müsse erlassen, die Umsatzsteuer gesenkt und die Gewerbesteuer zu einem erheblichen Teil niedergeschlagen werden. Außerdem müsse der Industrie ein ausreichender Kredit für die Umschuldung gewährt werden, deren Gesamtzinskosten nicht über 4% Proz. hinausgehen dürfen. Endlich müsse die Eisen- und Stahlwarenindustrie von den öffentlichen Arbeitsbeschaffungsstellen bevorzugt bedacht werden.

Der Reichsernährungsminister hat die Garagenbesitzer knüpft ebenfalls an die Steuerabventionen der Papen-Verordnung an und fordert, daß die Kraftfahrzeugsteuer in das System der Steuerzuschüsse einbezogen werden müsse. Im letzten Winter seien 25 bis 30 Proz. der in gewerblichen Garagen untergebrachten Wagen polizeilich abgemeldet worden. Der kommende Winter werde noch eine Erhöhung der Zahl der Stilllegungen bringen. Eine Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer durch Ausgabe von Steuerzuschüssen bringe für das Reich, weil die Stilllegungen geringer sein würden, keinen Steuerausfall. Damit versucht man die Ausdehnung des Steuerzuschußsystems auch der Reichsregierung schmackhaft zu machen.

Wir sind grundsätzliche Gegner der Arbeitsbeschaffungsmethoden der Papenregierung, weil eine Arbeitsbeschaffung auf diesem Wege nicht zu erwarten ist. Die neuen Subventionsforderungen beweisen, daß den Unternehmern in der Tat versucht wenig an der Arbeitsbeschaffung, aber alles an den geschäftlichen Vorteilen liegt, die ihnen aus den Subventionen zufließen.

Der Skandal der Hausbesitzerbank.

Das Aktienkapital ist nach der Bilanz 23 mal verloren!

Die Bilanz für den 31. Dezember 1931 enthüllt die skandalösen Zustände bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.-G. in seinem ganzen Umfange. Das Jahr 1931 allein brachte einen reinen Betriebsverlust von 4,1 Mill. Mark, das ist mehr als das Doppelte des Aktienkapitals (2 Mill. Mark). Der Gesamtverlust beläuft sich — nach allen Abschreibungen und Berichtigungen der schwindelhaften früheren Anläufe — auf nicht weniger als 46,8 Mill. Mark, das ist mehr als das 23fache des Aktienkapitals!

Für die Gläubiger hat sich die Situation seit Eröffnung des Vergleichsverfahrens (Januar-Februar) etwas gebessert. Einmal sind 1,65 Mill. Mark Steuerzuschüsse erlassen worden, zum anderen hat die den Konkurs nachprüfende Deutsche Revisions- und Treuhändergesellschaft einige Aktien günstig bewertet. Eine Quote von 30 Proz. erhalten die Gläubiger auf alle Fälle, da dieser Satz von der Dresdner Bank (mittelbar also vom Reich) garantiert ist.

Bezeichnend für die Methoden der früheren Verwaltung, die von dem Marginalrentier Labendorff angeführt wurde, ist ein kleiner Absatz im Geschäftsbericht der jetzigen Verwaltung. Es werden nämlich die Bezüge von Aufsichtsrat und Vorstand für 1931 mit dem ganz unwahrscheinlich niedrigen Satz von 41 252 M. angegeben. Die jetzige Leitung muß aber betonen, daß sie nicht in der Lage ist, für die Richtigkeit dieser Angabe irgendeine Gewähr zu übernehmen. Es habe nämlich ein Dispositions-Konto der früheren Direktion bestanden, aus dem im Jahre 1931 insgesamt 177 000 Mark gezahlt wurden. Es konnte nicht festgestellt werden, ob nicht aus diesem Konto einige Beträge in die Taschen des früheren Aufsichtsrats und Vorstandes disponiert worden seien!

Wir wollen hoffen, daß nach diesen Vorgängen auch die hier in erster Linie betroffenen Gruppen des Mittelstandes endlich einsehen, wie notwendig die von der Sozialdemokratie geforderte Bankkontrollen ist.

Kreugers Pleitebilanz.

Das Inventar seiner Wohnungen gehörte ihm nicht!

Wir hatten bereits mitgeteilt, daß Kreuger seinen Erben eine Schuldenlast von 1171 Millionen Kronen bei einem Vermögen von nur 98 Millionen Kronen hinterlassen hat. Dabei sind die Verpflichtungen, für die Kreuger die Bürgschaft übernommen hatte, in dieser Aufstellung noch gar nicht enthalten. Es gibt also einen Nachlaßkonturs, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat.

Der größte Teil des Vermögens besteht aus Wertpapieren aller Art, die mit 93,8 Millionen Kronen angegeben werden. Forderungen belaufen sich auf 25 Millionen Kronen, Bargeld und Bankguthaben auf 1,6 Millionen Kronen, schließlich Gebäude und Grundstücke auf etwa 0,5 Millionen Kronen. Interessanterweise hat sich herausgestellt, daß das Inventar von Kreugers Luxuswohnungen in Paris, New York und Berlin dem genialen Betrüger gar nicht gehört. Nur das Inventar der Warschauer Wohnung ist mit 1800 Kronen in der Vermögensaufstellung enthalten.

Unter den Schulden sind die Hauptposten die Schadensersatzforderungen der von Kreuger geschädigten Gesellschaften. Die Schwedische Rindholzgesellschaft fordert nicht weniger als 602 Millionen Kronen, die Hauptgesellschaft Kreugers, die Kreuger-Toll-Aktiebolaget, 331 Millionen Kronen

und die Niederländische Kreuger-Toll-Gesellschaft in Amsterdam rund 89 Millionen Kronen Schadenserlag.

Einen erheblichen Betrag, nämlich 27,6 Millionen Kronen oder 20,7 Millionen Mark, hat auch die Deutsche Union-Bank in Berlin von ihrem Großaktionär Kreuger zu fordern. Da aber mit einem fast völligen Ausfall zu rechnen ist, kann diese Berliner Bank (10 Millionen Mark Kapital) in erhebliche Schwierigkeiten kommen.

Der Status der Kreuger-Toll-Gesellschaft weist Aktien von 500 Millionen Kronen und Posten von 781 Millionen Kronen aus. Nicht enthalten sind die Bürgschaftsverpflichtungen von 194 Millionen Kronen, für die die Gesellschaft zweifellos in Anspruch genommen wird. Ueberhaupt ist an diesem Status jede Ziffer fragwürdig. Unter den Forderungen von Kreuger-Toll befinden sich mehrere Posten gegen Berliner Grundstücks-gesellschaften: die Dorotheenstadtbaugesellschaft 4,5 Millionen, die U.-G. für Hausbesitz Berlin 3,9 Millionen, die Schillerkolonnade G.m.b.H. 0,4 Millionen Kronen.

Der Konkursstatus für Kreugers Freund, Ingenieur Vittorin, zeigt 20,7 Millionen Kronen Schulden gegenüber 1,9 Millionen Kronen Aktien. Noch phantastischer ist die Aufstellung für den Direktor Sjöström (1,7 Millionen Kronen gegen 34,7 Millionen Kronen). Auch mehrere kleinere Kreuger-Gesellschaften haben ihre Siffers bekanntgegeben. Eine von ihnen, die Aktiebolaget U.S.A., zeigt als einziges (!) Aktium eine Forderung an Kreugers Nachlaß, die natürlich zum größten Teil ausfällt.

„Vorwärts“ eröffnet den Wahlkampf.

Unser Extrablatt gestern abend in Riesenaufgabe verteilt.

Wenige Minuten nach 16 Uhr war die Auflösung des Reichstags in der Redaktion des „Vorwärts“ bekannt geworden. Kurze Zeit danach teilte ein Extrablatt des „Vorwärts“ der Berliner Bevölkerung das große politische Ereignis und die Folgerungen, die aus ihm durch die Sozialdemokratie gezogen werden, mit. Nach wenigen Minuten bereits hing das Flugblatt im großen Schaufenster des „Vorwärts“-Hauses aus, und es war etwa 19 Uhr, als die ersten Exemplare auf der Straße verteilt wurden.

In der Druckerei wurde auf Hochbetrieb eingeschaltet, und auf dem Hofe des „Vorwärts“-Hauses versammelten sich unsere Flugblattverteiler, die sich, Genossen und Reichsbannerkameraden jeden Alters, mit Eifer und Begeisterung an die Arbeit begaben.

Für eine Gruppe von vier Genossen ist es jetzt wieder so weit! 2000 Exemplare werden jedem zugeteilt, die Marschroute — Hermannplatz, Humboldtthain, Wittenbergplatz oder Schlesischer Bahnhof, Süden, Norden, Westen oder Osten — wird jeder Gruppe bekanntgegeben, und eine letzte Paroleausgabe folgt: „Durch niemanden provozieren lassen! Anordnungen der Schupos

sofort Folge leisten!“ Die Baden sind geschultert, und die Reife kann losgehen.

„Nu aber los!“

Der Absatz ist ungeheuer stark. Männer und Frauen, alte und junge, — alle drängen sich, reißen sich und verschlingen den Inhalt. Noch ist das Ereignis der Reichstagsauflösung den meisten der eilenden, zum großen Teil von der Arbeit kommenden Menschen nicht bekannt. Sie haben sich noch nicht die Zeit genommen, die Ueberschriften der Spätabendblätter zu lesen. Strohenbahnkaffee lassen sich vom fahrenden Wagen aus ein Blatt heraufreichen, die Menschen laufen über den Damm und pöden zu. Viele bleiben stehen, um an Ort und Stelle das ganze Flugblatt zu lesen, andere wieder, vor allem die Frauen, falten es mit Sorgfalt zusammen, um es mit nach Hause zu nehmen. Viele bekunden ihre Zustimmung, rufen ein aufmunterndes: Nu aber los!

Besonders groß ist der Andrang in den Arbeiter-vierteln, in denen die Verbundenheit zwischen Bevölkerung und „Vorwärts“ besonders stark ist. Hier werden die Verteiler wie gute Freunde empfangen.

Wir können mit Freude feststellen: Die Verteilung unseres Flugblatts mit seinem Appell zum Kampf für Freiheit und Sozialismus ist ein großer Erfolg gewesen!

Stadtparlament geht an die Arbeit.

Erste Sitzung nach der Sommerpause / Die Gestaltung des Haushaltes.

Am Donnerstag verammelt sich das Stadtparlament zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien. Heute treten die Fraktionen wieder zu Beratungen zusammen, nachdem schon gestern die ersten Ausschüßsitzungen stattgefunden haben. Die Tagesordnung der Stadtkonferenzversammlung birgt mit ihren 28 Punkten reichen Arbeitsstoff. In einer besonderen Vorlage zur Verabschiedung des Haushaltsentwurfes berichtet der Oberbürgermeister über den augenblicklichen Stand des Haushaltes und seine voraussichtliche Entwicklung.

Nach der Unterbrechung der Haushaltsberatung für 1932 vor den Sommerferien der Stadtkonferenzversammlung schloß der Haushaltsentwurf unter Einbeziehung der von der Versammlung und dem Haushaltsausschuß beschlossenen Änderungen einschließlich der später unterbreiteten Nachträge in Einnahme mit 882 Millionen und in Ausgabe mit 996 Millionen M. ab. Somit blieben ungedeckt 113 769 730 Mark.

Unter Berücksichtigung der Mehreinnahmen und Entlastungen würde sich der Haushaltsmäßige Fehlbetrag für 1932 auf 67 269 730 Mark ermäßigen.

Nach der Entwicklung der letzten Monate könnte sich jedoch in einer Reihe von wichtigen Fällen die Notwendigkeit ergeben, den Haushalt nachträglich zu verändern. So erscheint es u. a. fraglich, ob der Eingang des vollen Betrages der Reichs- und Landes-

Betracht kommen. Es muß daher weiterhin Hilfe von Reich und Land gefordert werden.

Neuwahl von drei Magistratsmitgliedern.

Die Wahlzeit der Stadtkonferenz Dr. Adler, Hahn und Stadtrat Wuyt löst am 31. Oktober ab. Der Oberbürgermeister gibt der Stadtkonferenzversammlung hiervon bei ihrem Wiederzusammentritt offiziell Kenntnis und bittet sie in einer Vorlage zur Beschlußfassung, das Erforderliche wegen der Wiederbesetzung der Stellen zu veranlassen.

Berliner Olympia-Sieger im Rathaus.

Der Berliner Magistrat empfing gestern nachmittag die Berliner Olympia-Sieger, die von Oberbürgermeister Dr. Sahm begrüßt und mit einer Plakette der Stadt Berlin als Ehrenpreis für sportliche Leistungen ausgezeichnet wurden. An dem Empfang nahmen zahlreiche Mitglieder des Berliner Magistrats sowie Vertreter des Präsidiums der Stadtkonferenzversammlung und der Fraktionen teil. 22 Olympia-Sieger waren zu dem Empfang geladen, unter ihnen befanden sich als prominente Olympia-Kämpfer der Pistolen-schütze Oberleutnant Hag, der deutsche Jahnkampfsieger Eberle, die Leichtathleten Ellen Braumüller, die siegreichen Berliner Ruderer sowie der Hockeyspieler Jänike und die Sieger im Bobfahren der Winterolympiade Ludwig und Dr. Redhorn. Auch zahlreiche Leiter der Sportverbände waren der Einladung gefolgt. Der Oberbürgermeister kam bei seiner Begrüßung auch darauf zu sprechen, daß die nächsten Olympischen Spiele in Berlin stattfinden sollen und sagte: Das Stadion in Grunewald genüge heute nicht mehr den Forderungen, die eine einwandfreie Durchführung der olympischen Wettkämpfe gewährleisten. Es bedürfe umfangreicher baulicher Veränderungen, die den Innenraum zweckmäßiger gestalten und die Zahl der Zuschauerplätze wesentlich erhöhen sollen. Die An- und Abfahrtsstraßen müssen verbessert, eine neue, dem Massenandrang Rechnung tragende Verkehrsregelung müsse getroffen werden. Das alles bedinge, abgesehen von der wirtschaftlichen Fundierung der Spiele selbst, die Bereitstellung nicht unerheblicher Mittel, die bei der heutigen Wirtschaftslage gemäß nicht leicht zu beschaffen seien. Dr. Sahm gab aber der Jüngerheit Ausdruck, daß es allen Beteiligten gemeinsam möglich sein würde, die vor uns liegenden Aufgaben auch in finanzieller Hinsicht zu lösen und eine einwandfreie Grundlage für die erforderliche Durchführung der Olympischen Spiele 1936 in Berlin zu schaffen.

Der Berliner Verein für Ferienkolonien beabsichtigt, einige Gruppen von Kindern auf drei Wochen an die See oder in das Gebirge zu schicken. Die Kinder sind mit Abschluß der Herbstferien wieder in Berlin. Anmeldungen nimmt das Büro in der Zeit von 9 bis 3 Uhr entgegen.

In schweren Zeiten zeigt sich's erst recht, wie wichtig Kaffee Hag für Herz und Nerven ist.

Werbt für den „Vorwärts“!

Hilfe zur Erleichterung der Wohlfahrtskosten von ursprünglich 48 Millionen, mit der erwähnten Erhöhung aber 80,1 Millionen M. erwartet werden kann. Der Oberbürgermeister nimmt zwar an, daß der preussische Staat entweder von dieser Ermäßigung — worauf er besonderen Wert legen würde — keinen Gebrauch machen oder Berlin eine entsprechende Sanderhilfe zuweisen wird, aber er hält es doch für erforderlich, auf diese unerfreuliche Veränderung des bisherigen Rechtszustandes hinzuweisen.

Die Steuereinnahmen entsprechen nach Ablauf der ersten vier Monate des Rechnungsjahres ungefähr dem Soll, aber die Befürchtung von Rückschlägen ist nicht von der Hand zu weisen. Jedemfalls ist die Lage zur Zeit nicht zu übersehen. Das gleiche gilt für die Abflüsse der großen Gesellschaften. Bei den Gaswerken hält der Konsumrückgang an; die B.V.G. klagt über weitere Verminderung der Verbrauchsfiguren. Bei der Höhe der ige Kosten reichen die Sparmassnahmen bisher nicht aus, den wahrscheinlichen Einnahmehausfall auszugleichen.

Die Frage des Ausgleichs.

Die Verwaltung ist auch weiterhin unermüdet bei der Arbeit, alle Haushaltspostitionen auf weitere Sparmöglichkeiten zu prüfen oder die im Augenblick nicht benötigten Beträge zu sperren. Es wird jedoch erklärt, daß die Stadt bei der gegenwärtigen Sachlage außerstande ist, die finanziellen Anforderungen der ihr gesetzlich auferlegten Fürsorge aus eigenen Kräften zu erfüllen, da sowohl Einnahmehöhen als auch ausreichende Ausgabenentlastungen nicht in

Kohlenmagnat verhaftet.

Tschechischer Großindustrieller in Berlin festgenommen.

In einem Hotel am Anhalter Bahnhof wurde heute, Montag früh, der tschechische Großindustrielle Franz Stejkal, ein Mann von 60 Jahren, festgenommen. Ein tschechischer Detektiv machte den Großindustriellen in dem Hotel ausfindig und benachrichtigte die hiesige Kriminalpolizei. Da ein Haftbefehl aus Prag vorlag, wurde der Industrielle festgenommen und ins Polizeigefängnis eingeliefert.

Der Unternehmer gehört zu den reichsten Leuten in der Tschechoslowakei. Früher war er Leiter großer Bergwerksbetriebe, arbeitete sich empor und verstand es, durch geschickte Geschäfte selbst in den Besitz mehrerer Gruben zu kommen. Sein Name ist in der Kohlenindustrie sehr bekannt. Im Jahre 1931/32 hatte sich vor dem Prager Strafgericht der tschechische Minister Striborn in einer bösen Korruptionsaffäre zu verantworten. Der jetzt Verhaftete sollte bei dem großen Prozeß, der im Dezember und Januar in Prag stattfand, als Zeuge vernommen werden. Es erregte großes Aufsehen, als Stejkal plötzlich verschwand. Er reiste zunächst nach Wien und hielt sich in einem Sanatorium in Purkersdorf auf. Von dort reiste er in die Schweiz und wurde von tschechischen Detektiven bis nach Zürich verfolgt. Hier verloren sie seine Spur. Jetzt haben ihn die Detektive in Berlin aufgespürt und veranlaßten seine Festnahme.

Neunzehnjähriger erschlagen.

Rätselhafte Mordtat.

Oderberg (Kr. Angermünde), 12. Sept. (Eigenbericht.)

Am Bollwerk in Oderberg wurde die Leiche des 19jährigen Heinz Schmidt aus Oderberg aufgefunden. Der Tote hatte schwere Verletzungen am Kopf; die Schädeldecke war eingeschlagen, der Hinterkopf wies tiefe Risse auf und die Gehirnschale war zertrümmert. Die Staatsanwaltschaft Prenzlau und die Eberswalder Hilfsmordkommission erschienen sofort am Tatort und nahmen die Ermittlungen auf.

Heinz Schmidt, der Sohn des pensionierten Polizeibeamten Schmidt aus Oderberg, begab sich am Sonntagabend in das Hotel Terlich, wo er sich mit mehreren Bekannten einige Stunden aufhielt. Gegen 1.15 Uhr verließ er das Lokal, um sich nach Hause zu begeben. Am Montagmorgen wurde dann seine Leiche aufgefunden. Schmidt war weder politisch tätig, er war bei keiner Partei organisiert, noch äußerte er irgendwelche Sympathien für irgendeine Partei, so daß politische Beweggründe aller Wahrscheinlichkeit nach ausschalten. Staatsanwaltschaft und Mordkommission, die bisher keinerlei Spuren finden konnten, stehen vor einem Rätsel.

Eberswalde, 12. September. (Eigenbericht.)

In einem Wassergraben in Eberswalde wurde am Sonntagvormittag die Leiche einer etwa 80jährigen Frau aufgefunden, die zwei tiefe Schnittwunden an der Stirn über den Augen aufwies. Die Ermittlungen haben ergeben, daß es sich um eine gewisse Klara Westphal, geborene Teßler, handelt, die in Berlin-Rosenthal, Kurfürstenstraße 23, wohnte. In der Tasche der Frau wurden zwei Briefe vorgefunden, von denen einer an ein Fräulein Reich, Berlin-Tempelhof, Stolbergstraße 5, der andere an den Lehrer Westphal, Berlin-Rosenthal, Kurfürstenstraße 23, adressiert war. Es wird angenommen, daß es sich um einen Selbstmord handelt. Die Herkunft der Verletzungen ist noch nicht geklärt.

Polizei am Platz der Republik.

Der Reichstag war wieder stark geschützt.

Die Polizei hatte es gestern den nationalsozialistischen Kräftefern unmöglich gemacht, in der Umgebung des Reichstages erneut zu randalieren. Die Absperrungen wurden in weit umfangreicheren Maße als sonst durchgeführt.

Wie immer an großen Parlamentstagen, war zunächst das Reichstagsgebäude durch eine mehrfache Postenkette gesichert und nur Personen mit Ausweisen durften die Sperrkette passieren, um in den Reichstag zu gelangen. In vorsorglicher Weise war diesmal auch der Platz der Republik mit Polizeibeamten besetzt worden. Die Gruppe Mitte der Berliner Schupo sah sich zu dieser Maßnahme um so mehr veranlaßt, als erst bei der kürzlichen Reichstagsöffnung die Hitler-Gardisten auf dem Platz der Republik ihre üblichen inzentrierten Tumulte entfalteten. In gleichem Umfang war das Regierungsviertel in der Wilhelmstraße, die Leipziger Straße und Friedrichstraße und der Potsdamer Platz durch Polizeiposten sowie Reiter und Autopatrouillen gegen alle Zwischenfälle gesichert. Dank der polizeilichen Maßnahmen ist es dann auch nirgends zu nennenswerten Zwischenfällen gekommen.

Ein Tag politischer Prozesse.

Fünf Urteile in Berlin. — Betrunkener SA.-Mann als Hitler-Held.

Die Marschner-Kammer des Sondergerichts Berlin verurteilt gestern den 40-Jahre alten Arbeiter Wilhelm Kohde zu 1 Jahr 7 Monaten Zuchthaus. Kohde bekannte sich nicht schuldig. Das Gericht hatte die von dem Angeklagten beantragte Ladung des Hauptzeugen abgelehnt. Kohde soll am Stahelhelmtag diesen nicht einmal namentlich ermittelten Stahlhelmer in Tatgemeinschaft mit anderen Personen verfolgt, niedergedrückt und bedroht haben.

Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde ein Reichsbannermann wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz unter Gewaltanwendung zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Reichsbannermann hatte am 21. März von einem Motorrad aus während des Vorbefahrens an einem Auto, das mit zwei Nationalsozialisten besetzt war, einen Schuß abgegeben.

Das Schnellschöffengericht verurteilte zwei Kommunisten, die am 8. August im kleinen Tiergarten in Kobalt einen SA.-Mann in Uniform überfallen und zu Boden geschlagen hatten, wegen gefährlicher Körperverletzung zu acht und sechs Monaten Gefängnis.

Eine Gruppe von Kommunisten hatte sich vor der Ferienstrammer des Landgerichts III wegen schweren Landfriedensbruchs zu verantworten. Am 22. April hatte ein Baubeneffizier der vorwiegend von Kommunisten bewohnten Laubentkolonie „Heinze“ in Wittenau, der selbst früher Kommunist gewesen, aber zu den Nationalsozialisten übergegangen war, den Besuch mehrerer seiner neuen Parteifreunde erhalten. Die Gäste hatten eine Hakenkreuzfahne mitgebracht, die sie auspfanzten. Darüber entstand große Unruhe, man verlangte die Entfernung. Ein Kommunist schlug dem

In Johannistal schlägts elf

In Johannistal, das bekanntlich zum Berliner Verwaltungsbezirk Treptow gehört, gibt es ein Rathaus, das einige Jahre zu früh gebaut wurde. Hätte man es nämlich später errichtet, so wäre das wahrscheinlich von wohlthuender Wirkung auf den Stil gewesen. Man hat hier leider etwas voreilig gehandelt. So ist denn eine Promenadenstilmischung entstanden, für die heute kaum noch jemand die Verantwortung tragen möchte. Wenn er es dennoch täte, dann wäre ihm eben nicht mehr zu helfen.

An diesem wunderbaren Rathaus prangt auch prögend und



Die Giebelwand am Rathaus mit der seit Jahren streikenden Uhr.

golden eine Uhr. Und diese vergoldete Uhr ist ein amtliches Räderwerk. Vor Jahren hat sie einmal elf geschlagen. Seitdem schlägt sie nicht mehr. Das amtliche Räderwerk steht still. Seit Jahren zeigt es auf elf. Das kann nun elf Uhr vormittags oder eine Stunde vor Mitternacht sein. Seit Jahren mahnt diese streikende Uhr: Beeilt euch, es ist höchste Zeit, eine Stunde vor zwölf! So viel noch muß im letzten Augenblick geschehen, müßte geschehen und geschieht nicht. Im Kleinen wie im großen ist oft der letzte, der richtige Augenblick, eine Minute vor zwölf, verpaßt worden. Die Uhr von Johannistal ist ein Symbol der von Amts wegen und auch sonst verpaßten Gelegenheiten. In Johannistal hat man seit Jahren vergessen, die Uhr am Rathaus zum aufzuziehen. Man sagt, daß der Uhrmacher nicht bezahlt werden konnte, daß er kein Geld von der Stadt bekäme, weil er Steuerschulden hätte und weil er sie nicht im Dienste der Stadt abarbeiten wollte. Ach, die Menschen sind ja so phantasiebegabt und schaffen immer neue Legenden. Man würde sich gar nicht wundern, wenn sie noch andere und noch dazu romantische Geschichten erfinden, denn irgendwie muß doch das Stillstehen des amtlichen Räderwerks erklärt werden können. Und was ranken sich heute schon für Geschichten um diese ruhende Uhr! Da ist der gehorsame Ehemann, der sich mit einem Blick auf die Rathausuhr von Johannistal überzeugte, daß er noch eine Stunde Eheurlaub habe, und der nun diesen Urlaub ungebührlich überschritt, weil ihn die Uhr irreführte. Da gibt es Geschichten von verpaßten Terminen und Geschichten von zerbrochenen Liebschaften. Und immer war die Uhr am Rathaus schuld. Die Behörden sollten für alle Trümmen, die diese Uhr auf feilschem und materiellem Gebiet schon angerichtet hat, verantwortlich gemacht werden. Wir wissen nicht, was der Uhr fehlt. Vielleicht muß man sie nur aufziehen. Aber in jedem Falle würden die Schadenersatzansprüche der von ihr Geprüelten größer sein als die Kosten, die ihre Inangabeung erforderlich. Auch das Ansehen des Staates wird durch eine solche Uhr, die nicht geht, gemindert.

Also, da steht ein braver Mann vor dem Turm mit der unnützen Uhr, betrachtet sie aufmerksam. Dann sagt er aus tiefer, innerer Heberzeugung: „Sie geht ja immer noch nicht. Und daran ist bloß die Republik schuld und die Sozis.“ Ja, in Johannistal hat es einmal elf geschlagen. Aber der deutsche Spießer wacht auch nicht auf, wenn es zwölf schlägt, er weiß alles und hat nichts begriffen. Aber trotzdem sollte man die Uhr einmal in Gang setzen. Es sieht nicht gut aus, wenn eine Rathausuhr nicht geht. Mißgestimmte Seelen schließen gar zu leicht von dem verrosteten Räderwerk, das nicht geht, auf andere Dinge, und das kann manchmal peinlich sein.

Sechzig Häuser durch Erdbeben zerstört.

London, 12. September.

In Amboina (Holländisch-Indien) ereignete sich am Montag ein außerordentlich schweres Erdbeben, das als das heftigste seit dem Jahre 1898 bezeichnet wird. In Rampong stürzten 60 Häuser ein. Die gesamte Bevölkerung hat den Ort geräumt, da das Eintreten eines weiteren Erdbebens befürchtet wird. Der Ort Piroe auf der Insel Ceram ist bereits von einer Flutwelle heimgesucht worden.

Das Gespenst der Kinderlähmung.

Auch sämtliche Strafsunder Schulen geschlossen.

Straßland, 12. September.

Am Sonntag früh sind in Straßland zwei neue Fälle von Kinderlähmung aufgetreten, so daß jetzt insgesamt acht Erkrankungen vorliegen. Daraufhin hat die Stadtverwaltung im Verein mit dem Kreisarzt und auf Anordnung der Regierung am Montag sämtliche Mittel- und Volksschulen geschlossen. Die Dauer der Schließung ist noch nicht vorzusehen. Die Straßlander höheren Lehranstalten stellen ebenfalls am Montag den Unterricht ein. Soweit bekannt, dürften im ganzen Regierungsbezirk die Schulen geschlossen werden. Darüber hinaus werden Maßnahmen getroffen, alle übrigen Kinderversammlungen sofort zu verhindern. Demnach werden neben sämtlichen Schulen auch die Kindergärten, Kinderhorte und Erholungsstellen geschlossen.

Tragischer Tod eines Kindes.

Auf tragische Weise ist gestern der zweieinhalbjährige Ernst Marks in der Strahburger Straße in Weihenstephan ums Leben gekommen. Die Mutter des Kindes hatte in einem Geschäft etwas einzukaufen und während der Zeit ließ sie das Kind, das in einem

Sportwagen saß, allein. Da die Straße etwas abschüssig ist, kam der Wagen von selbst ins Rollen, geriet auf den Fahrdamm und stürzte um. Das Kind fiel so unglücklich auf das Pflaster, daß es einen schweren Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen es im Weihenstephaner Krankenhaus gestorben ist.

Schweres Bootsunglück auf der Müritzh.

Tragisches Ende einer Segelpartie. — Drei Tote.

Waren, 12. September.

Auf der Müritzh am sogenannten Rosenberg ertranken gestern nachmittag der Lehrer Langmacher, dessen Sohn Günther und dessen Onkel Walter Langmacher. Der Lehrer war mit fünf anderen Verwandten auf einer Segelpartie unterwegs, als plötzlich eine heftige See das Boot zum Kentern brachte. Während die drei Personen den Tod fanden, konnten die übrigen sich noch mehr als zweistündigem Schwimmen retten. Die Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Bahnhof Jannowikbrücke neu.

Rolltreppe zum Bahnsteig.

Die Notwendigkeit, den Eisenbahnbetrieb und -verkehr während des Umbaus des Bahnhofs Jannowikbrücke möglichst wenig einzuschränken, zwingt zu einem schrittweisen Vorgehen. Bisher wurde außerdem die Durchführung der Bauarbeiten dadurch besonders erschwert, daß der Zugang der Notbrücke über die Spree innerhalb der Baustelle der Reichsbahn lag. Dies Hindernis soll jetzt beseitigt werden, denn voraussichtlich soll am 15. September der öffentliche Fußsteig der neuen Spreebrücke dem Verkehr übergeben werden.

Dann könnten die Notbrücke und der öffentliche Durchgang durch die Vorhalle des Bahnhofes gesperrt werden. Gleichzeitig werden auch die neue Fahrkartenausgabe und die Zugangstreppe zum Bahnsteig mit Rolltreppe, d. h. der fädliche Teil der neuen Bahnhofsvorhalle, dem Verkehr übergeben werden. Die westliche Zu- und Abgangstreppe bleibt in Zukunft nur als Abgangstreppe bestehen, und die behelfsmäßige Fahrkartenausgabe am Durchgang zur Notbrücke wird dann geschlossen werden. Die Fertigstellung dieser Arbeiten bringt dem Reiseverkehr eine wesentliche Erleichterung und bedeutet zugleich einen wichtigen Schritt vorwärts zur Vervollendung des Baues. Es bleibt nur noch der innere Ausbau des nördlichen Teiles der Vorhalle und des Stadtbahnboogens übrig, in dem der öffentliche Durchgang lag. Bis zum Jahreschluss werden die Bauarbeiten für den Bahnhof Jannowikbrücke voraussichtlich im großen und ganzen beendet sein.

Deutschlands Beleid zum Tode Zwirkos.

Reichsverkehrsminister Freiherr von Eick-Rubens hat anlässlich des tödlichen Absturzes der beiden Sieger im Europafuge, Zwirko und Wigura, dem polnischen Geschäftsträger in hertzlichen Worten sein Beleid ausgesprochen.

500000 Mark Prämie gezogen.

In der Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel die Prämie von 500000 Mark auf das mit 1000 Mark gezogene Los Nr. 341976. Das Los wurde in der I. Abteilung in der Provinz Brandenburg, in der II. Abteilung in Westfalen in Achtelosen gespielt.

Leonardos „Abendmahl“ als Mosaik. Sonderausstellung im Berliner Pergamonmuseum. Angeregt durch die vor einiger Zeit in Berlin gezeigte originalgroße Kopie des berühmten Malers „Abendmahls“ von Leonardo da Vinci, die der deutsche Maler Robert Richter in zweijähriger Arbeit schuf, hat eine große Berliner Mosaikwerkstatt ein Mosaikbild des „Abendmahls“ hergestellt. Das Werk wird jetzt im Vortragsaal des Berliner Pergamonmuseums gezeigt.

Eine Führung „Mit-Berlin bei Nacht“ macht Dr. Franz Federer Dienstag, 13. September, 20 Uhr, Spittelmarkt.

Heute Mondfinsternis.

Heute abend werden wir wieder einmal das Schauspiel einer Mondfinsternis genießen, allerdings nicht einer totalen (vollständigen), sondern nur einer partiellen (teilweisen), die sich jedoch von einer totalen nur in sehr geringem Maße unterscheidet, denn der Mond wird zu 98 Proz., also bis auf einen ganz geringen Bruchteil, verfinstert erscheinen.

Klares Wetter vorausgesetzt, wird man den Vollmond um 7 1/2 Uhr im Osten über den Horizont heraussteigen sehen, 1 1/2 Stunden später werden aufmerksame Beobachter links unten eine Abnahme der Helligkeit wahrnehmen — der Mond ist bereits in den Halbschatten der Erde eingetreten; die Verfinsternis hat zwar noch nicht begonnen, da alle seine Teile noch von der Sonne beleuchtet werden, aber nicht mehr von allen Teilen des sichtbaren Geistes.

Um 8 Uhr beginnt die eigentliche Verfinsternis, der Kernschatten der Erde wird als kleine schwarze Einkerbung links unten an der hellen Mondscheibe sichtbar. Schnell wächst der verdunkelte Teil, er erscheint jedoch nicht völlig schwarz, sondern leuchtet schwach je nach der größeren oder geringeren Klarheit der Luft in mehr oder minder düsterem rötlichem Licht, das von Sonnenstrahlen herrührt, die durch die Luftschicht der Erde bis in ihren Schatten hinein gebrochen und gebeugt werden. Um 10 Uhr, wenn der Mond schon 27 Grad über dem Horizont im Südosten steht, ist der Höhepunkt der Finsternis erreicht, die Scheibe ist fast ganz vom Erdschatten bedeckt, nur eine kleine schmale Sichel rechts oben, nur etwa ein Fünftelteil der gesamten Fläche, leuchtet noch im hellen Sonnenlicht. Über schnell wird die helle Sichel größer, um 11 Uhr ist der halbe Mond schon wieder klar, um 12 Uhr ist nur noch eine kleine schwarze Einkerbung rechts unten wahrzunehmen, und eine Viertelstunde vor Mitternacht, genau 2 Minuten früher, verschwindet die letzte Spur der Einkerbung, die Vollmondscheibe leuchtet wieder in völliger Rundung, doch nicht ganz im gewohnten Glanze, weil die rechte untere Partie noch im Halbschatten der Erde liegt. Erst eine Viertelstunde nach Mitternacht — der Mond steht dann hoch im Süden — wird die letzte Spur geringerer Helligkeit verschwunden sein, der Mann im Mond sein freundliches Antlitz wieder wie sonst zeigen.

Wenn der launische Wettergott es erlaubt, lohnt es sich, das Schauspiel, das erst noch zwei Jahren wiederkehrt, auf der Treptow-Sternwarte mit den dort aufgestellten Fernrohren zu verfolgen.

Schwindel mit Gas.

Wertbetrügereien aus Angst vor Stilllegung.

Bremen, 12. September.

Vor einigen Wochen wurde über fonderbare Betrügereien bei dem von der Firma S. Pintsch u. Co., A.-G., Berlin, betriebenen Reichsbahn-Gaswerk berichtet. Das Gasmeister Duffner hatte, um die Rentabilität seines Wertes trotz schwindenden Absatzes nachzuweisen, Zehntausende von Kubikmetern Gas durch betrügerische Maßnahmen in die Luft gejagt und die Reichsbahn um nahezu 100 000 Mark geschädigt. Jetzt hatte sich Duffner vor der Großen Strafkammer zu verantworten.

Es ergab sich, daß den Vorteil aus diesem Betrug nicht Duffner, sondern die Firma S. Pintsch u. Co. hatte, die sich inzwischen mit der Reichsbahn ausgeglichen hat. Duffner stand wegen Urkundenfälschung und Betrug vor der Großen Strafkammer, mit ihm zusammen angeklagt wegen Beihilfe der Schlosser Bohne. Duffner gab vor Gericht an, daß die Gasanlage bereits alt gewesen sei, und er nicht mehr das herausholen konnte, was er zu Anfang herausgeholt habe. Um vor seiner Firma nicht als schlechter Gasmeister dazustehen, habe er die betrügerischen Manipulationen begangen. Auch soll der Gasverbrauch der Reichsbahn zurückgegangen sein. Er will Angst davor gehabt haben, daß die Anlage in Bremen stillgelegt werden könnte, und darum den Verbrauch künstlich erhöht haben. Einen geldlichen Vorteil scheint Duffner von seinem Treiben nicht gehabt zu haben. Der Staatsanwalt beantragt gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 18 Monaten und acht Monate gegen den anderen Angeklagten. Das Gericht verurteilte Duffner zu einem Jahr, Bohne zu fünf Monaten Gefängnis, letzterem wurde Bewährungsfrist zubilligt.

Polizei gegen Jugendgenossen.

Die Sozialistische Arbeiterjugend veranstaltete am Sonntag in Bergfelde einen Sporttag, der durch das rücksichtslose Vorgehen einiger Polizeibeamten ein unerwartetes vorzeitiges Ende fand. Für Sonnabend hatten die Jugendgenossen einen Fackelumzug in Hahnenneudorf geplant. Da aber die Hakenkreuzler zu einer Gegendemonstration aufgerufen hatten, hielt es der Amtsvorsteher für richtig, beide Kundgebungen zu verbieten. Dagegen hatten die Jugendgenossen und Sportler von der Polizeibehörde des Nachbarortes Bergfelde die Genehmigung zu einem Umzug am Sonntagmorgen erhalten.

Vom Treffpunkt am Kotzpuhl marschierte ein ansehnlicher Trupp von etwa 550 bis 600 Jugendgenossen und das Reichsbanner nach der Ortschaft Bergfelde. Weil angeblich entgegen der polizeilichen Bestimmung einige Wimpel der SAJ nicht eingeregelt waren und einige Hoch- und Niederrufe ertönten, lösten die Landjäger den Zug in Bergfelde kurzerhand auf. In isolierten Gruppen wollten die Jugendlichen das Lokal „Waldschlösschen“ aufsuchen, wo der zweite Teil der Veranstaltung vor sich gehen sollte. An der Eisenbahnunterführung, in nächster Nähe des früheren Bahnhofes Stolpe, nahmen einige Polizeibeamte dann einen belanglosen Zwischenfall zum Anlaß, auf die Jugendlichen, unter denen sich viele Mädchen befanden, mit dem Gummiknüppel einzuschlagen. Drei Jugendgenossen wurden festgenommen. Nach den übereinstimmenden Berichten mehrerer Augenzeugen sind einige Beamte weit über ihre Befugnisse hinausgegangen. Sollten tatsächlich kleine Uebertretungen der mehr als kleinkindlichen Polizeivorschriften erfolgt sein, hätte es sicher nur eines Hinweises bedurft, um Mißverständnisse aufzuklären.

Mutiger Lebensretter!

Verhängnisvoller Wohnlaubenbrand.

In einer Wohnlaube auf dem Grundstück Schottstraße 95 in Lichtenberg brach ein gefährliches Feuer aus. Die Bewohnerin, eine 59 Jahre alte Frau Ernestine Schleithauer, wurde aus der brennenden Laube von einem Straßenbahnkonditorin gerettet. Kurz nach 9 Uhr schlugen aus der Wohnlaube, in der sich Frau Sch. allein befand, plötzlich helle Flammen empor. Der Straßenbahnkonditorin Paul Bruder aus der Pfarrstraße 31 in Lichtenberg, der draußen ein Laubengrundstück hat, drang in die brennende Laube ein, wo er Frau Schleithauer bewußtlos auf fand. Es gelang dem Mann, die Bewußtlose ins Freie zu bringen. Als die Feuerwehr ankam, stand die Wohnlaube in ihrem ganzen Umfang bereits in Flammen. Frau Sch. wurde ins Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt. Ver-

mutlich sind glimmende Kohleteile aus dem Herd gefallen und haben den Fußboden in Brand gesetzt. Unter der Einwirkung der Rauchgase ist die Laubendestrierin dann ohnmächtig geworden.

Wohltätigkeitskonzert des Pankower Reichsbanners

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsverein Pankow, veranstaltet am Sonntag, dem 18. September, in den Gesamtträumen des Saalbaues „Schloß Schönhausen“, Berlin-Nieder-Schönhausen, Lindenstr. 11, ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten der erwerbslosen Kameraden. Das Konzert wird ausgeführt von zwei Reichsbannerkapellen des Ortsvereins Weihensee, humoristische und künstlerische Darbietungen, Kinderbelustigungen und die Aufführung eines Theaterstückes vervollständigen das Programm. Tanz im Freien und im großen Saal. Der Eintrittspreis ist äußerst niedrig bemessen und beträgt inklusive Tanz und Steuer nur 50 Pf., für Erwerbslose gegen Ausweis nur 20 Pf., Kinder haben freien Zutritt. Für den Nachmittag ist ein großer Fahnenumtrieb vorgesehen, an welchem sich viele Berliner Ortsvereine beteiligen. Wegen des guten Zwecks ist der Veranstaltung ein starker Besuch zu wünschen.

Gute Weiterbildung für junge begabte Erwerbslose bietet der Volkshochschulkurs des Volkshochschulvereins Ullmenhof der Sozialen Arbeitsgemeinschaft E. B. in Berlin-Wilhelmsbagen vom 5. Oktober 1932 bis 20. Januar 1933.

Wetterausichten für Berlin: Teils heiter, teils wolfig und weiterhin kühl, abkühlende westliche Winde. — Für Deutschland: Im Westen allmähliche Wetterverschlechterung; im Süden heiter, nachts recht kühl, im übrigen Reich je fortschreitende Wetterberuhigung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfindungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten. Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Mittwoch, 14. September:

1. Abt. Mitgliederversammlung bei Lohmann, Bräckerstr. 18. Thema: Die Aufgaben der Partei im Kampf gegen die Reaktion. Referent: Genosse S. Johannis.
2. Abt. Mitgliederversammlung im Besonderen, Algenstr. 21. Thema: Die politische Lage.
3. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
4. Abt. Die Funktionärshaltung fällt heute aus. Morgen Zählende in den bekannten Lokalen.
5. Abt. Heute, Dienstag, 13. September, 20 Uhr, Funktionärshaltung bei Rüssel, Str. 24. Thema: Die politische Lage. Referent: Genosse Schumann, Schloß, Fackelstr. 14. Wood, Gumpert, 41.
6. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
7. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
8. Abt. Heute, Dienstag, Funktionärshaltung bei Dose, Ruchhofen 8. Morgen, Mittwoch, Zählende in den bekannten Lokalen.
9. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen. Referenten im Bezirk 815: Dr. S. Wäner, im Bezirk 816: Genosse Schaub, Bezirk 805-806: Genosse Rosenfeld.
10. Abt. Zählende in den Lokalen: Konitz, Schullstr. 74; Machelet, Prentschmer Str. 4; Wöfe, Kolonnenstr. 15; Wäner, Kolonnenstr. 43, Ecke Juchiner Straße; Siemal, Schwebelstr. 13.
11. Abt. Zählende in den Lokalen: Groß, Ullricher Str. 21. Referent: Genosse Jochheim, Schreppel, Antonstr. 8. Referent: Genosse Depald, Wöhl, Magstr. 18. Timpler, Rosenthalstr. 41. Referent: Genosse Freudmann, Seefeld, Schullstr. 114. Referent: Genosse Caselmann, Damm, Schullstr. 24. Referent: Genosse Eickelopp, Verma, Müllerstr. 26. Referent: Genosse Echte, Meier, Prinz-August-Str. 7. Gumpert, Seestr. 62. Scholz, Wolfstr. 12. Scheraga, Reimoldstr. Str. 20. Referent: Genosse Hoffmann.
12. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
13. Abt. Zähl- und Diskussionsabend in allen bekannten Lokalen. Vortrag in allen Bezirken über die politische Situation.
14. Abt. Zählende bei Wempe und im Hermonnshelm.
15. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
16. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
17. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
18. Abt. Unser langjähriges Mitglied Hermann Wolfram, 80. 55, Chadowitzstr. 2, beging am Sonntag, dem 11. September, seinen 75. Geburtstag.
19. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen. Die Bezirksleiter treffen sich zu einer kurzen Aussprache um 19 1/2 Uhr bei Pohl.
20. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
21. Abt. Zählende in den nachstehenden Lokalen: Gruppe 1 bei Eweß, Große Frankfurter Str. 30. Referent: Dr. Landauer, Gruppe 2 bei Jordan, Kopenicker Str. 2, Ecke Hildebrandstr. Gruppe 3 bei Döschner, Stralauer Platz 5. Referent: Genosse Wempe, Gruppe 4 bei Herbrand, Kopenhaver, Ecke Holzmarktstraße. Referent: Genossin Einica Krüger, Gruppe 5 bei Wallentin, Krautstr. 2. Gruppe 6 bei Wilmow, Krautstr. 24. Referent: Genosse Wempe, Gruppe 7 bei Schöder, Fehlebrandstr. Gruppe 8 bei allen Zählenden: Unsere Aufgabe im Reichstag.
22. Abt. Zählende bei Müller, Ausprache, Pöhl fällt aus, dafür bei Müller am Donnerstag, Hoffmann, Hollenbach, Aussprache, Vertala. Die politische Lage. Referent: Genosse Drunzel, Lejatz, Aussprache. Referent: Dr. A. Eilin.
23. Abt. Zählende in nachstehenden Lokalen: Bei Gaus, Pechogener Str. 114. Bei Sendig, Komintener Str. 7. Referent: Genosse Jippel. Bei Reusch, Cabiner Str. 10. Bei Neumann, Gudeney Str. 45.
24. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
25. Abt. Zählende in folgenden Lokalen: Bauer, Ullricher Str. 21. Born, Jochenstr. 9. Wirtlich, Peterburger Str. 5. Referent: Genosse Günther, Arsch, Peterburger Str. 81. Referent: Genosse Adolf Rau. Thema in allen Zählenden: Die politische Lage.
26. Abt. Zählende in allen Bezirken mit Ausnahme der Bezirke 128a, 128b und 128c, die am Mittwoch, dem 21. September, bei Pahlow, Barnimer Straße 13, tagen.
27. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
28. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen. Bei Gelsa. Referent: Genosse Robinson.
29. Abt. Zählende in folgenden Lokalen: Bezirk 125 bei Vda, Fichtstr. 28. Thema: Arbeitslosigkeit. Referent: S. Schiller, Bezirk 130 bei Rögler, Gimmstr. 1. Thema: Politische Lage. Referent: Genosse Rosenmann.
30. Abt. Zählende in den bekannten Lokalen.
31. Abt. Zählende in folgenden Lokalen: Gruppe Ruben bei Schuff, Forster Straße 9. Thema: Unsere Aufgaben in der gegenwärtigen Situation. Gruppe 2 bei Wäner, Reichenberger Str. 104. Thema: Unsere Aufgaben in Reichstag. Gruppe 3 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 4 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 5 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 6 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 7 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 8 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 9 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 10 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 11 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 12 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 13 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 14 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 15 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 16 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 17 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 18 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 19 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 20 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 21 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 22 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 23 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 24 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 25 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 26 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 27 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 28 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 29 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 30 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 31 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 32 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 33 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 34 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 35 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 36 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 37 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 38 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 39 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 40 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 41 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 42 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 43 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 44 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 45 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 46 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 47 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 48 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 49 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 50 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 51 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 52 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 53 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 54 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 55 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 56 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 57 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 58 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 59 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 60 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 61 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 62 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 63 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 64 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 65 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 66 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 67 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 68 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 69 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 70 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 71 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 72 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 73 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 74 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 75 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 76 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 77 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 78 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 79 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 80 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 81 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 82 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 83 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 84 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 85 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 86 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 87 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 88 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 89 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 90 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 91 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 92 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 93 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 94 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 95 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 96 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 97 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 98 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 99 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 100 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 101 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 102 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 103 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 104 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 105 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 106 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 107 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 108 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 109 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 110 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 111 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 112 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 113 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 114 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 115 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 116 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 117 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 118 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 119 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 120 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 121 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 122 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 123 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 124 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 125 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 126 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 127 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 128 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 129 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 130 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 131 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 132 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 133 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 134 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 135 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 136 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 137 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 138 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 139 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 140 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 141 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 142 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 143 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 144 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 145 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 146 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 147 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 148 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 149 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 150 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 151 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 152 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 153 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 154 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 155 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 156 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 157 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 158 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 159 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 160 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 161 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 162 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 163 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 164 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 165 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 166 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 167 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 168 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 169 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 170 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 171 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 172 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 173 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 174 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 175 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 176 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 177 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 178 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 179 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 180 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 181 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 182 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 183 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 184 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 185 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 186 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 187 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 188 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 189 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 190 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 191 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 192 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 193 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 194 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 195 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 196 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 197 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 198 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 199 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 200 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 201 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 202 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 203 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 204 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 205 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 206 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 207 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 208 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 209 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 210 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 211 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 212 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 213 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 214 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 215 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 216 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 217 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 218 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 219 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 220 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 221 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 222 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 223 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 224 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 225 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 226 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 227 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 228 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 229 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 230 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 231 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 232 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 233 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 234 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 235 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 236 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 237 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 238 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 239 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 240 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 241 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 242 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 243 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 244 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 245 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 246 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 247 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 248 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 249 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 250 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 251 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 252 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 253 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 254 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 255 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des RDB. Gruppe 256 bei Wäner, Fackelstr. 14. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Partei und des

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

131

Gilgi hebt ein paar Kleidungsstücke vom Fußboden auf und setzt sich zu Olga auf den Bettrand: „Zuviel getrunken?“ „Bin mein Leben lang nicht so nüchtern gewesen“, sagt Olga. „Was sagst du? Warum ich gegangen bin? Gott, ich leb' hier wie 'n Trappistenmönch plus Benediktinernonne — dauch ich: amüsiert dich mal ein bißchen. Muß natürlich fortgeschrittene Arterienverkalkung haben, daß ich dazu ausgerechnet auf 'nen Raskenball gehe: wildgewordene Kleinbürger — überall knutschende Pärchen, mindestens ein Jahr lang kann ich keine knutschenden Pärchen mehr sehen — Gestank nach Schweiß und kalter Zigarrenasche, ekelhaft! Ich glaub', mein Haar stinkt jetzt noch nach Rauch... bitte, gib mal die Flasche Lavendelwasser vom Tisch rüber. Was? Liegt auf dem Boden? Kaputt? Nicht? Na, dann kann sie

man alles umsonst. Und die Leute reden eine Sprache, die ich nicht versteh'. Kannst du dir vorstellen, Gilgi, wie zauberhaft es ist, nur eine Melodie von Worten zu hören und den ganzen Quatsch, der dahinter steckt, nicht zu verstehn.“

Gilgi hat Olgas Strümpfe über die Hand gestreift und betrachtet vorwurfsvoll, wie ihre Finger durch die Fußspitze wieder ins Freie gelangen. „Hast du Stopfgarn da?“

„Nein. — Du, Gilgi, wenn ich genug Geld krieg', lad' ich dich ein, mitzukommen. Gilgi — nichts tun, in der Sonne liegen — ach, du ahnst gar nicht, wie schön das Leben sein kann.“

„Olga, wenn du Geld kriegst, mußt du's sparen. Denkst du denn nie an die Zukunft?“

„Doch.“ Olga hockt sich zu Gilgi aufs Bett und zieht ihr den durchlöchernten Strumpf von der Hand: „Gib her, ich muß die Strümpfe jetzt anziehen. — Ob ich an meine Zukunft denke? Gud mal in die Nachmittagschublade — da muß noch ein Los von der Dombau-Lotterie liegen. — Wirst du mitkommen, Gilgi?“



Gilgi bei Olga *Phot. Paramount*

ja ruhig dagelegen haben. Naach, mir ist das ganze Leben ja so zuwider.“ Olga trübt sekundenlang vor Weitschmerz. Nur sekundenlang, dann reckt sie die Arme, setzt sich mit einem Schwung auf, die Kommode rutscht ab, feuchte, blonde Lockchen kleben auf Olgas Stirn. Sie zieht eine Photographie unter dem Kopfkissen vor, hält sie Gilgi entgegen: ein gutgeschnittenes Männergesicht. „Sieh ihn dir an, Gilgi — kannst du dir vorstellen, daß ich ein halbes Jahr mit ihm verheiratet war?“ Nein, das kann Gilgi nicht. Sie macht eine ungeduldige Bewegung, sie kennt die Geschichte von Olgas Ehe, und das Bild von Franzi ist ihr schon hundertmal vor die Nase gehalten worden. „Ach, der Franzi!“ Olga knautscht an dem Bild rum. „Ich hab' ihn wirklich lieb, auch heute noch — aber nur wenn ich nicht bei ihm bin. Mit ihm zusammen war's furchtbar. Eifersüchtig war er wie'n Dreigroschen-Othello. So'n geheimer Mann, aber — mach' was — da, wo die Männlichkeit anfängt, hört die Geistesheit auf. Ganz ramdösig bin ich geworden. Immer Krach, Krach, Krach — um nichts. Von oben nach unten sollt' ich nicht gucken, von unten nach oben nicht und von der Seite mal gar nicht. Irgendwie muß doch ein Mensch gucken dürfen. Ich bekam schon die ersten Kummerfalten, alle Humoreferden waren aufgebraucht, alle...“

Gilgi reißt Olga das Franzi-Bild fort, stopft's in die Nachmittagschublade. Sie kennt die Geschichte. „Recht hast du, ich bin ein altes Waschweib“, mit beiden Beinen springt Olga aus dem Bett, fingert am Lautsprecher herum: gleich sechs Stationen auf einmal, drei ausländische, drei deutsche Sender.

„Bist du verrückt geworden, Olga?“ „Gar nicht — ist gerade richtig so: Radio — Arroma — Napoli — Herrlich! Die ganze Welt ist bei mir im Zimmer — Budapest — London — Amsterdam — München — wollen gleich mal sein, ob wir noch ein paar Stationen dazukriegen.“ Gilgi wehrt energisch ab. „Phantasiereiches Geschöpf!“ Schimpft Olga, angelt in den Tiefen ihres Schrankes, taucht mit einem Paar hellen Wildleder-schuhen wieder auf: „Leberwältigend gut geklaut scheint du auch nicht zu sein, Gilgichen! Was? Verwandte logieren bei euch? Schrecklich. Leute, die bei Verwandten logieren, verdienen's nicht besser.“ Gilgi hebt ein Paar Strümpfe vom Teppich auf. Olga lächelt sich vom Spiegel die kurzen, blonden Locken. „Ach, Gilgi, ich freu' mich auf den Sommer! Noch Mallorca werd' ich fahren. Du, man kann da fabelhaft billig leben. Sonne und Luft und blauer Himmel — hat

Ludwig Feuerbach

Zu seinem fünfzigsten Todestag am 13. September

Nachdem im Jahre 1841 das Hauptwerk Ludwig Feuerbachs: „Das Wesen des Christentums“ erschienen war, schrieb Friedrich Engels: „Man muß die befreiende Wirkung dieses Buches selbst erlebt haben, um sich eine Vorstellung davon zu machen. Die Begeisterung war allgemein; wir waren alle momentan Feuerbachianer.“ Karl Marx hat von diesem Denker nicht minder entscheidende Anregungen empfangen. Kaum jemand hat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der modernen Freidenkernbewegung so starke Waffen gegen intoleranten Konfessionalismus und beschränkten Dogmatismus der Kirche geliefert. Die Bedeutung der Feuerbachschen Philosophie beruht vollkommen auf ihrem heißen Ringen um das religiöse Problem. In der erkenntnistheoretisch-logischen Fundamentierung seiner Weltanschauung ist dagegen Feuerbach immer mehr oder weniger ein Schüler seines großen Lehrers Hegel geblieben, dessen „Idealismus“ er war, wie sein Mitkämpfer Karl Marx, „vom Kopf auf die Beine“ gestellt hat. Die Fortführung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und des beginnenden 20. Jahrhunderts hat seither zweifellos gegen den kirchlichen Dogmatismus neue Erkenntnisse zutage gefördert, und die wissenschaftlichen Leistungen Feuerbachs sind in dieser Beziehung nicht das letzte Wort geblieben. Trotzdem ist es keine leere Besse der Höflichkeit gegenüber einer Modegröße der Vergangenheit, wenn wir den Anlaß des 50. Todestages dieses Denkers benutzen, um uns auf das zu besinnen, was er nicht nur für die vorrige Generation gesagt hat, sondern erst recht noch heute bedeutet.

Berührt doch das wahrhaft Bedeutende des großen Denkers gar nicht einmal auf seinen tatsächlichen wissenschaftlichen Ergebnissen, die von der unaufhörlichen Kleinarbeit der nächsten Generation bald überholt und erweitert werden, sondern wie beim Künstler auf einem starken, von der eigenen Persönlichkeit getränkten Erleben des Daseins, auf der persönlichen „Weltanschauung“. Der Philosoph unterscheidet sich vom Künstler nur darin, wie er das Schicksal eines bestimmten Menschen sieht, sondern etwa das Beleg der Gesellschaft zu formulieren strebt, das hinter allen Einzelfällen ist; daß er nicht wie der Dichter die Hingabe eines Einzelmenschen an eine religiöse Idee zu erhalten beabsichtigt, sondern die Ursachen zu erkennen sucht, die solche Empfindungen und ihre Beziehungen zu den anderen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens bewirken. Er will nicht nachgestalten, was er erlebt hat, sondern er sucht es zu begreifen und das Ergebnis in Begriffen, Gesetzen und Theorien allgemeingültig zu formulieren. Welche der unendlich vielen Perspektiven der Wirklichkeit ihn besonders fesselt, hängt ganz von ihm, von seiner „Persönlichkeit“ ab. Er wird der Menschheit einen um so größeren Dienst geleistet haben, je mehr seine neue Wahrheit dazu beiträgt, den Menschen äußerlich und innerlich freier zu machen. Ein solcher Denker, der die religiösen Erscheinungen von der ganz neuen Perspektive der gesellschaftlichen Erscheinungen und der Menschentunde sah, und der seine Erkenntnis so auszudrücken verstand, daß Tausenden mit einem Male die Augen aufgingen: ein solcher Befreier von unnatürlichen Fesseln ist Ludwig Feuerbach gewesen.

Feuerbach erkennt plötzlich allen konfessionellen

„Das kann ich nicht, Olga.“ Gilgi hat die Hände über den Knien gefaltet. „Ich — siehst du, Olga, ich kann so wenig geben, und da darf ich auch nichts nehmen. Und Zeit hätt' ich auch nicht, ich muß arbeiten.“

Olga streicht Gilgi großmütterlich übers Haar: „Wenn du mir sagen wolltest, du nüchterne, kleine Krämerseele, was du erstrebst! Was willst du — was hast du für Wünsche — was für eine Sehnsucht?“

Gilgi macht ein Gesicht, als ob sie Effig getrunken hätte. Sehnsucht! Ein Wort, das sie nicht verdauen kann. „Ich will arbeiten, will weiter, will selbständig und unabhängig sein — ich muß das alles Schritt für Schritt erreichen. Jetzt lern' ich meine Sprachen — ich spar' Geld — vielleicht werd' ich in ein paar Jahren eine eigene Wohnung haben, und vielleicht bring' ichs mal zu einem eigenen Geschäft.“

„Du armes Arbeitstierchen! Und dafür verschustest du deine schönsten Jugendjahre!“ Mitleidig will Olga noch einmal über Gilgis Haar streichen, aber ihre Hand fährt ins Leere, ärgerlich hat Gilgi den Kopf zurückgeworfen. „Du brauchst mich nicht zu bedauern, Olga, ich find' mein Leben herrlich. Es macht mir Freude, was zu schaffen. Wenn mir heut' einer eine Million schenkte, ich — würd' sie nehmen, hätt' aber gar nicht so furchtbar viel Spaß dran. Es macht mir Freude, aus eigener Kraft weiterzukommen.“ Gilgi springt auf, läuft im Zimmer hin und her, sucht nach Worten. Sie will Olga beweisen, daß sie glücklich ist und Grund dazu hat. „Ich hab' keine Talente, Olga — ich kann keine Bilder malen und keine Bücher schreiben, ich bin allgemeiner

Durchschnitt und bring's nicht fertig, deswegen zu verzweifeln. Aber was ich aus mir machen kann, will ich machen. Ich werd' immer arbeiten und immer was Neues lernen, und gesund und hübsch will ich bleiben, solange es eben geht — im Sommer werd' ich wieder im Brustschwimmen trainieren, ich — Olga, lach doch nicht so blödsinnig — du mußt doch verstehn, daß ich mich freue, wenn alles so ordentlich und geregelt in meinem Leben ist. Und wenn ich erst von Haus fort bin, dann bin ich ganz froh, dann gibts auf der ganzen Welt keinen Menschen mehr, dem ich was vortäuschen und vorlügen muß. Und — Olga — ja, wie soll ichs dir erklären — daß meine Ansprüche nie höher sind als die Möglichkeit, sie zu erreichen, das macht mich frei und...“

„Doch ein armes Leben“, sagt Olga und schüttelt den Kopf.

„Olga, es ist doch schön, sein Leben wie eine sauber gelöste Rechenaufgabe vor sich zu haben!“

„Scheußlich ist es“, ereifert sich Olga. „Ich freu' mich von einer Unvorsehenheit auf die andere, ich freu' mich auf Menschen, die ich heut' noch gar nicht kenne. Ich sehne mich nach Alleinsein, nur um mich dann wieder nach einem zu sehnen, dem ich besonders lieb haben kann. Wie sparsam du mit dir bist, du herzlose, egoistische, kleine Person — du hast niemanden lieb — ich mag dich aber trotzdem. Willst du meinen Fehmantel haben, Gilgi? Wie egoistisch und kalt du bist, daß du dir nichts von mir schenken lassen willst. Willst du den Mantel haben, Gilgi?“

(Fortsetzung folgt.)

Dogmatismus als ein Gespinnst leerer Worte, und es taucht vor ihm das Problem auf, die Illusion zu erklären, durch die er entsteht. Denn sein kritischer Scharfsinn erkennt bald, daß auch die Metaphysik des großen Hegel, um dessen willen er das Studium der Theologie aufgegeben hatte, nur leere Spekulation war, und daß, um mit Kant zu reden, alle Spekulation nichts als lauter Schein und nur in der Erfahrung Wahrheit ist. So wird ihm zum Gegenstand aller Erfahrung und zum Ausgangspunkt jeder Erklärung allein die Natur und der Mensch.

Hatte Schleiermacher das religiöse Gefühl des Menschen aus ihm selbst entwickelt, wie die Spinne ihren Faden aus ihrem Leib, indem er es zurückführte auf das Gefühl der völligen Ohnmacht einer „schlechthinigen“ Abhängigkeit des Menschen von der Allmacht Gottes, so sucht Feuerbach es zu begreifen als die seelische Antwort auf die Einwirkungen der Natur auf den Menschen. Er erkennt die Wurzeln dieses Schwachgefühls in der ursprünglichen Hilflosigkeit des Menschen gegenüber den Gewalten der Natur und der Angst vor dem Unbekannten. Im Gegenlag dazu kommt der Mensch dann zu der Vorstellung eines Wesens, das alle die Eigenschaften, die er sich selber erlehrt oder die er überhaupt denken kann, in der Vollkommenheit besitzt. Dennoch bleiben diese immer menschliche Eigenschaften. So hat der Mensch eigentlich Gott nach seinem Bilde geschaffen, wie auch der Unsterblichkeitsglaube auf der Hoffnung einer Fortsetzung unzerbrochener Formen und Empfindungen beruht, die doch völlig an unsere Sinne und Organe gebunden sind. Alle Anschauungen des Menschen von Gott und der Inhalt seines Glaubens wandeln sich mit seiner geschichtlichen Entwicklung. Tiefere Einsicht läßt erkennen, daß alle derartigen Lehren nichts weiter sind als Phantasiegebilde, die die Not des Menschen er-

zeugt. So kann die Theologie keine Wissenschaft sein, da sie von dem konfessionellen Dogma ausgeht. „Wer“, sagt er aber, und an seiner Duldlosigkeit könnte sich mancher, der heute auf der anderen Seite steht, ein Beispiel nehmen, „an ein ewiges Leben glauben kann und will oder vielmehr muß, um sich selbst bei Verstand und Gesundheit zu erhalten, der glaube es in Gottes Namen, aber er lasse auch andern den entgegen-

gesetzten Glauben.“

Dennoch ist für Feuerbach die Aufklärung der breiten Massen eine moralische Notwendigkeit und eine heilige Pflicht, da auch der Glaube an das Dogma wahre Sittlichkeit nicht verbürgt. Ist nicht unter Berufung auf das Dogma, das nicht durch die Vernunft kontrolliert ist, schon Schlimmes, Scheiterhaufen und Hegenprozesse gerechtfertigt worden? Es verleitet aber auch den Menschen zu falschen Zielsetzungen, indem es seinen Blick vor allem auf das Jenleits richten will und ihm sogar Diesseits- und Sinnenfeindlichkeit lehrt. Unsere Aufgabe ist es, unser irdisches Leben wertvoll zu gestalten. Nichts Gutes kann das Dogma lehren, was die Vernunft nicht schon vertritt. Sie allein braucht keine fremden Stützen, um den Menschen den Weg der Menschlichkeit und Liebe zu weisen. Sie allein weiß, daß die Menschen einander lieben müssen, wenn sie die Not des Daseins überwinden wollen, daß die Menschlichkeit auf der gesellschaftlichen und menschlichen Verbundenheit der Menschen beruht.

Daraus ergibt sich die praktische Philosophie Feuerbachs, die er in den Worten zusammenfaßt: „Gott war mein erster Gedanke, die Vernunft mein zweiter, der Mensch mein dritter und letzter Gedanke.“ So mündet Feuerbachs praktische Philosophie schließlich in die Idee des Menschentums und der Humanität. H. A. Bernhard.

Sinnlose Wolkenkratzer Amerika heute / Von Karl Moeller

Der größte Eindruck für den Europäer, der zum ersten Male nach Amerika kam, war stets die berühmte „Skyline“ von New York. Noch bevor der Reisende seinen Fuß auf den gebelagten Boden der Vereinigten Staaten gesetzt hatte und noch ehe er wußte, ob er überhaupt durch die strenge Sperrung der Einmigrationsbehörden kommen würde, stürzte sich das verwirrende Bild der Lürme, Gipfel und tiefen Täler der New-Yorker Wolkenkratzerstadt auf ihn. Stundenlang während der Hafeneinfahrt konnte er dieses grandiose Schauspiel beobachten, das durch den Lärm und die atemlose Geschäftigkeit auf dem Hudson noch verstärkt wurde und so im Innersten durch seine Kleinheit gedemütigt, konnte er die neue Welt betreten, die über ein Jahrzehnt als das Heilsland des Kapitalismus gegolten hat.

Wer dagegen heute vom Hudson aus die Halbinsel Manhattan betritt, bekommt von diesem Herzen der amerikanischen Wirtschaft einen niederschmetternden Eindruck. Schon an den Lagerplätzen im Hafen sitzen die Arbeitslosen in Dichten

Haufen zusammen und warten auf eine Arbeitsgelegenheit. Manche haben sich aus Zeitungen ein Lager auf dem Boden gemacht und schlafen in der heißen Mittagssonne. Auf einem kleinen Platz entsteht eine regelrechte Keilerei, weil ein paar Schauerleute gesucht werden. Schließlich sucht sich der Borarbeiter die stärksten aus der vorderen Reihe aus, die übrigen kehren auf ihre Ruheplätze zurück.

Die Lagerhäuser an der ersten Avenue sind gefüllt, aber es herrscht nur wenig Betrieb. Die Waren liegen jahrelang und niemand verlangt nach ihnen, während zu gleicher Zeit in der Bowery ganze Familien verhungern. Jetzt wird der Reuangekommene von einem Mann angesprochen. Der Strohhut lüftet sich: „Verzeihung, ein arbeitsloser Angestellter, haben Sie nicht ein paar Cents für ein Nachtlager übrig?“ Das wiederholt sich dann noch mehrere Male, bis der Fremde in das Getriebe des Zentrums kommt. Überall sieht er aber auf seinem Wege nach wartende Menschen stehen; die einen lauern auf

